



AKADEMIE-REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Schwerpunktthema: Energie der Zukunft – sauber, sicher und bezahlbar

ab Seite 3

Medien

Folgen und Konsequenzen der Relotius-Affäre beim Spiegel und die Veränderungen der politischen Öffentlichkeit durch Online-Kommunikation waren Themen zweier Tagungen.

ab Seite 6

Europa

Die Wahlen zum EU-Parlament im Mai 2019 haben die gewohnten parteipolitischen Kräfteverhältnisse umgekrempelt: Es wird schwieriger, Mehrheiten zu organisieren.

Seite 14

Zeitgeschichte

Bewegende Erzählungen von Zeitzeugen prägten Tagungen und Veranstaltungen zum 30. Jahrestag der Grenzöffnung und der Friedlichen Revolution in der DDR.

ab Seite 17

Blick über den See

Inhalt

ENERGIEPOLITIK

- 3** Sauber, sicher und bezahlbar

MEDIEN

- 6** Relotius und die Folgen
9 Von der analogen zur hybriden Öffentlichkeit

GESELLSCHAFTLICHER WANDEL

- 12** „Unsere Demokratien sind zerbrechlicher geworden“

EUROPA

- 14** Neues Parlament, neue Kommission – neues Europa?

ZEITGESCHICHTE

- 17** Auf den Spuren deutscher Teilung und Einheit
18 „Die Angst wechselte damals die Seiten“
20 Dimensionen des Völkermords an den Juden

PHILOSOPHIE

- 22** Rechtspopulismus und Neoliberalismus

INTEGRATION

- 23** Tutzinger Diskurs geht in die fünfte Runde
24 Gelebte Solidarität in der Großstadt

KULTUR

- 26** Bitterböser Heimatsound
26 Das Wellbappn-Tutzing-Lied

AKADEMIE INTERN

- 25** Personalverzeichnis
27 Der erste Wang-PC
28 Jahresbibliografien 2019
30 Neuerscheinungen
31 Medienspiegel
34 Termine
35 Namen – Nachrichten
36 Impressum



Die politische und öffentliche Debatte der nächsten Jahre und Jahrzehnte wird von der Auseinandersetzung geprägt werden, welche Einschnitte Bürgern und Unternehmen abverlangt werden müssen, um die Erderwärmung aufzuhalten, ohne gleichzeitig dem Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland zu schaden. Ohne technische und wissenschaftliche Innovation wird

das nicht möglich sein. Individuelle Verhaltensänderungen und Bequemlichkeitsverluste werden uns aber auch nicht erspart bleiben. Das birgt immenses Konfliktpotential – schon allein wegen der Auseinandersetzung, wie die notwendige staatliche Regulierung auszugestalten ist.

Im Umfeld der bayerischen Kommunalwahlen berichten viele Bürgermeister und Landräte, dass sie vergleichbare Interessenskonflikte seit geraumer Zeit hautnah erleben: Die Erwartungen der Bürgerschaft an die (Kommunal-)Politik sind hoch. Gleichzeitig sinkt die Bereitschaft, unangenehme Begleiterscheinungen zum Beispiel von Infrastrukturmaßnahmen hinzunehmen. Eigentlich ist es ja klar: Wer mit einer Klage gegen die Errichtung eines Sendemasts droht, darf sich nicht über Funklöcher beim mobilen Telefonieren beschweren. Genauso unglaublich macht sich, wer über die angebliche Unfähigkeit von Politik und Unternehmen klagt, den eklatanten Mangel an Fachkräften für die Pflege oder die Gastronomie zu beheben, aber gleichzeitig einer Bürgerinitiative beitrifft, die vornehmlich aus eigennützigen Motiven ein geplantes Neubaufvorhaben verhindern will.

Hinweise der verantwortlichen Kommunalpolitiker, dass sie das Gemeinwohl und nicht die individuellen Interessen besonders artikulationsfähiger Bürger zu berücksichtigen haben, werden häufig mit wutentbrannten Schreiben, persönlichen Beleidigungen und uneinsichtiger Besserwisseri beantwortet. Ein solches Verhalten vergiftet nicht nur die Stimmung, sondern veranlasst womöglich gerade diejenigen, ihr politisches Engagement aufzugeben, die sich erfreulicherweise noch kein „dickes“ Fell angeeignet haben.

Es gehört zu den Aufgaben der Politischen Bildung, diese Zusammenhänge zu analysieren und auf sie aufmerksam zu machen. Und es gehört zu unserer aller Aufgabe, entsprechendes Verhalten zu überdenken. Das würde nicht nur das Leben in unseren Kommunen für alle angenehmer machen, sondern ist auch Voraussetzung, die anstehenden Konflikte über die Klimapolitik friedlich zu lösen.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre

Prof. Dr. Ursula Münch
Direktorin der Akademie für Politische Bildung

TITELFOTO: © BRUNO GERMANY / PIXABAY

Sauber, sicher und bezahlbar

Ein Zukunftsthema ersten Ranges – und zwar regional, national und global: der Klimaschutz. Obwohl die Wege zu diesem Ziel nach wie vor kontrovers diskutiert werden, ist eines inzwischen klar: Ohne „Energiewende“ kein Klimaschutz! Dabei darf die Energiewende nicht auf die „Stromwende“ verkürzt werden, vielmehr umfasst sie auch die Sektoren Wärme und Mobilität.*

AUCH WENN der Eindruck manchmal ein anderer sein mag: „Wir haben wirklich erst nur angefangen mit der Energiewende“, stellte Miranda Schreurs von der Hochschule für Politik München nüchtern fest. Und obwohl es sich um ein globales Problem handle, so Schreurs, lohne es sich, dass Deutschland den eingeschlagenen Weg fortsetze und ein Modell für andere Weltregionen werde. Dabei ist eines klar: Die Energiewende braucht Akzeptanz. Wobei die Grenzen von Akzeptanz gerade in der Windenergie, immerhin die wichtigste Stütze der erneuerbaren Energie, zuweilen deutlich werden.



Miranda Schreurs: „Wir haben wirklich erst nur angefangen mit der Energiewende.“

Beispiel Japan

In der Energiewende treffen zwei miteinander verschränkte Megatrends aufeinander: Energieeffizienz und Digitalisierung. Gerade für strukturschwache Regionen biete sich hier eine große Chance, wie das Beispiel Bottrop Innovation City zeige. Dass Energieeffizienz funktionieren kann, beweist Japan: Nach dem Reaktorunfall von Fukushima wurden vorübergehend nahezu alle Atommeiler abgeschaltet. Als der Strom



Windstrom aus dem Norden muss in den Süden Deutschlands transportiert werden.

© Schröder (APB)

danach knapp wurde, schafften es die Verbraucher, durch eine Vielzahl kleiner Schritte etwa zehn Prozent des gesamten Stromverbrauchs einzusparen.

Zu wenig und zu spät

Von einer „nachlaufenden Untersteuerung“ sprach Sebastian Oberthür (Institute for European Studies, Vrije Universiteit Brussel). Er beschrieb damit den Prozess, dass zwar etwas passiere auf europäischer Ebene, aber immer zu wenig und immer zu spät. Zwar sei man beim Strom „auf einem guten Weg“, bei der Energiereduzierung von Gebäuden aber „hinterher hinkend“ und beim Thema Mobilität „stark zurück liegend“. Die Anhebung der Energieeffizienz, so konstatierte Oberthür, würde alles einfacher machen.

Insgesamt könne man die Lösung des Problems nicht von der EU erwarten, aber zumindest einen guten Beitrag. Besonders die Ausweitung des Emissionshandels, wie es im „European Green Deal“ vorgesehen ist, sieht er als Instrument, um dem Ziel der EU, 2050 klimaneutral zu sein, näher zu kommen.

Psychologische Faktoren

Der Frage, wie sich Menschen entscheiden, z.B. in Bezug auf Neuerwerb oder dem Austausch einer Heizungsanlage ging die Psychologin Elisabeth Dütschke vom Fraunhofer-Institut für System- und Innovati-



Sebastian Oberthür: „Die EU liegt bei der Mobilität stark zurück.“

© Winterer (APB)

* Tagung in Zusammenarbeit mit der Petra-Kelly-Stiftung

onsforschung (ISI) in Karlsruhe nach. Dabei sind die Abwägung von Kosten und Nutzen, die individuelle soziale und normative Prägung sowie die affektive Bewertung (Angst, Wut etc.) zentrale Determinanten. Hinzu kommen Persönlichkeitseigenschaften (Offenheit für Neues, Gewissenhaftigkeit etc.) sowie Vorwissen und auch situative Faktoren (Zeitdruck, Stimmung). Im energiepolitischen Zieldreieck Klima- und Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Zuverlässigkeit sowie Bezahlbarkeit sind ganz viele Leute versammelt, „die etwas Bestimmtes tun oder lassen sollen.“ Daraus bildet sich die Akzeptanz, die für die Energiewende wegen ihrer dezentralen und zahlreichen Auswirkungen auf die Menschen von grundlegender Bedeutung ist. Etwa zwei Drittel der deutschen Bevölkerung, so zeigen regelmäßige Umfragen, stimmen der Energiewende zu. Dabei wird der Solarenergie, gefolgt von Wasserkraft und Wind die höchste Akzeptanz entgegengebracht. Kohle und Kernenergie bilden mit Abstand die Schlusslichter.



Elisabeth Dütschke nannte psychologische Faktoren für Akzeptanz.

Ungerechte Verteilung

Andere Untersuchungen zeigen, dass die Zustimmung zu den erneuerbaren Energien noch höher wäre, wenn die Kosten „gerechter“ verteilt würden. Stephan Sommer vom RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Essen, widmete sich den Kosten der Stromwende. Jährlich fallen ca. 25 Milliarden Euro absolute, direkte Kosten an, die durch die EEG-Umlage (6,5 Cent pro Kilowattstunde) finanziert werden. Dieser jährliche Betrag wird bis 2023 auf 54 Milliarden Euro ansteigen, „finanziert durch die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung sowie durch den Energie- und Klimafonds.“ „Etwa zwei Drittel der Haushalte“, so Sommer, „halten die Energiewende für teuer, die Hälfte empfindet sie als ungerecht und ist mit ihrer Umsetzung unzufrieden.“ Besonders die Ausnahmeregelungen für die Industrie bei der Zahlung der EEG-Umlage werden als nicht gerecht empfunden.

Fehlanreize

Darauf, dass das derzeitige Steuersystem kaum ökologische Anreize gebe, wies Kai Schlegelmilch (Forum Ökologisch-soziale Marktwirtschaft e.V., Berlin) hin. Die niedrigen Preise fossiler Brennstoffe setzen Fehlanreize. Dabei ist das Problem, „dass die Preise nicht notwendigerweise korrekt (externe Kosten

bleiben unberücksichtigt) und politisch beeinflusst sind (Subventionen, Steuer- und Abgabensystem).“ Eine sinnvolle Energiesteuerreform müsste Schlegelmilch zufolge Folgendes beinhalten: 1. Ausrichtung der Steuersätze im Wärme- und Verkehrssektor an Energiegehalt und CO₂-Intensität, 2. Energiekomponente sektorspezifisch, CO₂-Komponente sektorübergreifend einheitlich, 3. Einführung eines CO₂-Mindestpreises im Stromsektor durch Ausweitung des Anwendungsbereichs der Energiesteuer auf Einsatzstoffe der Stromerzeugung, und schließlich 4. zielgerichtete Verwendung der Mehreinnahmen (Kompensation, Strompreissenkung). Die Verteilungswirkung auf die privaten Haushalte hängt dabei entscheidend von der Verwendung der Steuereinnahmen ab: Absenkung von Strompreisbestandteilen, Auszahlung einer Klimaprämie und Investitionen.



Kai Schlegelmilch fordert eine sinnvolle Energiesteuerreform.

Mehr Photovoltaik und größere Effizienz

Eine „massive aktuelle Schieflage“ mit Beschlüssen zum Ausstieg (Kern- und Kohleenergie), „aber keine konsistente Strategie für den ‚Einstieg‘, stattdessen Schwarzer-Peter-Spiel, das Zeit und Vertrauen kostet“, sieht Manfred Fishedick, Vizepräsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Die Kontroverse macht sich vor allem am Ausbau der



Manfred Fishedick: „Beim nötigen Ausbau der Windenergie sind die Zahlen signifikant in die Knie gegangen.“

onshore-Windenergie fest. Hier sind, obwohl ohne den massiven Ausbau der Windenergie die Stromwende nicht möglich scheint, „die Zahlen signifikant in die Knie gegangen“. „Wir wissen, was wir tun müssen, aber wir verlieren deutlich an Geschwindigkeit!“ so Fishedick. Welche Alternativen sind denkbar? Zentral in der Diskussion stehen für ihn drei Ansätze: Stärkerer Aus-

bau der Photovoltaik, deutliche Erhöhung der Energieeffizienz und Verbreitung von ressourcenschonenden Lebensstilen. „Die Erhöhung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien aber auch der Ausbau der Netzinfrastruktur stoßen zunehmend auf geringere gesellschaftliche Akzeptanz.“

Erneuerbaren Strom auf allen Netzebenen zu produzieren reicht aber nicht aus. Er muss auch zu den verschiedenen Verbrauchern (Industrie, Landwirtschaft, Endkunden) transportiert werden. Dabei haben Übertragungsnetzbetreiber wie Tennet für die Versorgungssicherheit zu sorgen. Eine anspruchsvolle Aufgabe, wie Markus Lieberknecht, Pressesprecher bei Tennet, hervorhob. Das neue Stromsystem: „Lokal und manchmal in großer Entfernung zu Industriezentren und Speicheranlagen produzierte erneuerbare Energien liefern Strom in Abhängigkeit von der Witterung auf allen Netzebenen.“ Noch geringe Speichermöglichkeiten, Schwankungen der Wind- und Photovoltaik-Einspeisung verbunden mit dem Ausstieg aus Atomenergie und Kohleverstromung machen ein Einspeisemanagement nötig, das in der Lage ist, im nationalen wie europäischen Verbund kritische Situationen zu meistern. Grundlage für die Energiewende – und dies ist politisch durchaus heftig umstritten – ist ein leistungsfähiges Höchstspannungsnetz, das den Windstrom aus dem Norden Deutschlands in den Süden (z. B. Südlink) leiten kann.

Strom, Wärme und Mobilität

„Die Energie- und Mobilitätswende ist mit erneuerbaren Energien bis spätestens 2030 möglich“, glaubt Krisztina André vom Bündnis Bürgerenergie. Sie sieht neben Windenergie, deren Ausbau allerdings in den letzten Jahren nahezu zum Erliegen gekommen ist, Photovoltaikanlagen (PV) als Schlüsseltechnologie für eine dezentrale Energiewende. Jeder PV-Quadratmeter produziert laut André jährlich die Energie, die ein Elektroauto für 1000 Kilometer benötigt. Dabei sind viele Flächen für mögliche PV-Anlagen noch gar nicht ausgeschöpft: Dächer, Gebäudefassaden und sogar Schallschutzwände an

Autobahnen eignen sich hierfür. Als kurzfristige Zwischenspeicher könnten auch Batterien von Elektroautos dienen, die über bidirektionale Ladestationen mit dem Stromnetz verbunden sind.

Fernwärme ausbauen

Robert Brandt von der Agentur für Erneuerbare Energien in Berlin beschäftigte sich mit der Wärmewende. Damit diese gelingt, müssten neben Photovoltaikanlagen und Windrädern auch mehr Biogasanlagen gebaut und das Fernwärmenetz erweitert werden. „Bisher erreicht Fernwärme nur fünf Prozent des Wohngebäudebestands in Deutschland“, sagte Brandt. Für den Fernwärmeausbau bestehen bisher kaum Anreize, denn der Ölpreis ist im langjährigen Vergleich niedrig. „Das liegt daran, dass die Folgen nicht eingepreist sind“, erklärte er. Zuerst aber sollte man über eine gute Hausdämmung nachdenken, denn „jede nicht verbrauchte Kilowattstunde ist erstmal eine gute Kilowattstunde.“

„Massive Umsetzungsprobleme“ bei der Verkehrswende beobachtet Martin Randelhoff, Mitarbeiter der TU Dortmund und Betreiber des Blogs „Zukunft Mobilität“. „Steigender Wohlstand, multilokale Lebensführung, berufliche Spezialisierung und mehr Gleichberechtigung führen zu mehr Autos und mehr Flugreisen.“ Alleine für den Luftverkehr werde für den Zeitraum 2010 bis 2030 eine Steigerung um 78,7 Prozent prognostiziert, wobei das größte Wachstum bei „öko-sensibilisierten jungen Menschen“ gesehen werde. In Deutschland, so der Verkehrsexperte, macht der Freizeitverkehr den Hauptanteil am gesamten Verkehrsaufkommen aus. „Wir brauchen auch einen kulturellen Wandel. Es gibt noch zu viele Verkehrstabus“, betonte Randelhoff.



Manfred Schwarzmeier



© MESTER

Relotius und die Folgen

Ein Jahr nach der Enthüllung der „Relotius-Affäre“ beim SPIEGEL beschäftigte sich der Tutzing Medien-Dialog* mit den Konsequenzen, die sich aus diesem und anderen Täuschungsfällen für den Journalismus ergeben müssen.

DIE PALETTE der Verfehlungen im letzten Jahr reicht von journalistisch-handwerklichen Fehlern über manipulierte Beiträge und vorsätzliche und systematische Täuschung bis hin zur Fälschung und zum Betrug. Der Medienkritiker und -journalist Stefan Niggemeier (www.uebermedien.de) sagte: „Relotius gilt jetzt als der Standard in dieser Liga. Alles andere ist nicht so schlimm. Was nicht passt, wird eben passend gemacht.“ Er unterscheidet Fälschen und Verfälschen. Zum Ersten gehören das Erfinden, Ausdenken und die Manipulation. Zum Zweiten zählt er das Verkürzen, passend Machen („rund machen“ im Jargon der Redaktionen) und das Vereinfachen. Niggemeier fordert redaktionelle Regelwerke und eine neue Kultur der Qualitätskontrolle: Genauigkeit müsse vor Schönheit der Beiträge gehen, Transparenz der Arbeit vor Perfektion. Redakteure müssten Widersprüche in Texten zulassen statt immer Eindeutigkeit zu verlangen. Außerdem sei es höchst problematisch, wenn – wie bei Relotius geschehen – der Ressortleiter per E-Mail schon sehr präzise Vorgaben („wie ein Drehbuch“) für die Recherche mache.

Neues Regelwerk

Stefan Weigel ist Nachrichtenchef beim SPIEGEL und sagt ein Jahr nach der Affäre: „Wir gucken uns immer noch Texte an und werkeln da noch weiter dran. Es ist erschreckend, wieviel Schrott es gibt.“ Das neue Regelwerk mit Qualitätsstandards („ein umfangreiches Kompendium“) sei noch in Arbeit und werde am Ende wohl 75 Seiten ha-



Stefan Weigel kündigte ein neues Regelwerk mit Qualitätsstandards für den SPIEGEL an.



Das Motto von Rudolf Augstein im Hamburger SPIEGEL-Gebäude
© Schröder (APB)

ben – darunter viele scheinbare Selbstverständlichkeiten. „Unser Motto von Rudolf Augstein ‚Sagen, was ist‘ sollte ja eigentlich ausreichen.“

Auch die ZEIT war kurz nach Relotius von einer Täuschungsaffäre betroffen. Ihr Chefreporter Stefan Willeke sagte: „Der betreffende Autor hat Fehler gemacht, verfälscht und mit Betrugsabsicht gefälscht. Deswegen haben wir uns von ihm getrennt. Seinen Namen haben wir nicht genannt. Wir wollten ihn schützen. G. war ein ‚Quartalstrickser‘.“ Tatsächlich waren die Fehler durchweg Kleinigkeiten im Verhältnis zum Fall Relotius. In der Summe waren sie allerdings auffällig. Für den Autor selbst war diese Überreaktion der ZEIT verheerend, weil das Publikum dahinter viel größere Täuschungen vermuten musste. „Von heute aus gesehen, war das vielleicht ein Fehler,“ gab Willeke nach zweimaligem Nachfassen durch Moderatorin Laura Hertreiter und Stefan Niggemeier zu.



Der SPIEGEL-Titel vom 22. Dezember 2018, in dem die Relotius-Affäre öffentlich gemacht wurde.

© Archiv (APB)

Der Textchef der ZEIT, Christof Siemes, ging Juan Moreno, den Enthüller der Relotius-Fälschungen, hart an. Er schrieb nach dem Erscheinen des Moreno-Buches „Tausend Zeilen Lüge“ in der ZEIT vom 24. Oktober 2019: „Vor der Ansteckungsgefahr, die offenbar vom Morbus Relotius ausgeht, scheint selbst Juan Moreno nicht ganz gefeit zu sein, jener Mann, der sich zutraute, die Diagnose zu stellen.“ Willeke räumte ein, dass Siemes da wohl über das Ziel hinausgeschossen sei: „Er würde das heute so auch nicht mehr schreiben.“ Man habe das in der Redaktionskonferenz besprochen. Ein öffentlicher Rückzieher oder gar eine Entschuldigung blieben allerdings aus. Beim SZ-Magazin flog der Journalist G. übrigens vor der Veröffentlichung einer manipulierten Geschichte auf.

* In Zusammenarbeit mit der Journalistenvereinigung Netzwerk Recherche e. V.

Auch Britta Windhoff, Redaktionsleiterin beim WDR und für die Reihe „Menschen hautnah“ verantwortlich, zog Konsequenzen aus den Enthüllungen: „Wir schauen uns jeden Film noch genauer an. Faktencheck und Vier-Augen-Prinzip sind obligatorisch. Wir stellen an jeden Beitrag 100 Fragen. Es gibt mehr Sensibilität für das Problem in der Redaktion.“ Das bedeute mehr Arbeit: „Es ist anstrengend, macht aber Spaß,“ sagte sie.



Susanne Amann: „Nicht alle Reporter unter Generalverdacht stellen.“

Susanne Amann gehört als Managing Editor zur neuen Führungsmannschaft des SPIEGEL. Sie berichtete, dass nach der „Erschütterung durch Relotius“ die berühmte Dokumentation und das Gesellschaftsressort, für das er schrieb, neu organisiert und aufgeteilt wurden. Die Dokumentation ist in Zukunft von Beginn einer Recherche beteiligt.

Der „Kulturkampf zwischen Nachricht oder schön schreiben“ gehe aber wohl weiter. Man dürfe jetzt auch nicht alle Reporter unter Generalverdacht stellen.

Nötige Verdichtung

Der Dokumentarfilmer Stephan Lamby (zuletzt am 2. Dezember 2019 in der ARD „Die Notregierung – Ungeliebte Koalition“ über die Groko) hält das „Verdichten“ einer Geschichte für notwendig: „Aus 100 Stunden gedrehtem Material werden 30 bis maximal 45 Minuten Film. Dafür braucht es zwei Monate Arbeit am Schneidetisch.“ Selbstverständlich kann so nur ein Abbild der Realität entstehen, das im Kern aber richtig sein muss. Interviews mit Politikern würden immer kürzer: „Damit wir bei der Bearbeitung nicht so viel wegschneiden können.“ Und ohne Protagonisten funktioniert ein Film nicht: „Wir brauchen bewegte Bilder mit Menschen. Im Fernsehen können wir keine Texte abdrucken.“



Stephan Lamby: „Ohne Protagonisten funktioniert ein Film nicht.“

Konstantin Richter ist Journalist und Romanautor. Er verlangt eine Rückbesinnung auf den „Report statt Reportage“: „Der Journalist ist in erster Linie Dienstleister, nicht Künstler.“ Er fordert „zurück zum faktenbasierten

Erzählen und weniger fiktional-literarische Elemente.“ Und Katrin Langhans, die bei der Süddeutschen Zeitung bei der Investigativen Recherche arbeitet, ergänzt: „Zuerst kommt die Recherche, dann die Suche nach den tragenden Protagonisten einer Geschichte.“ Aber die müssen manchmal auch fernsehtauglich sein – besonders bei Kooperationen mit TV-Sendern. Und deshalb würden häufig Geschichten für das Fernsehen nicht gemacht, weil sie nicht gefilmt werden können.

Mediatheken als Chance

Von der zunehmenden Abkehr vom linearen Fernsehen hin zu Mediatheken und Streaming-Diensten erhofft sich Richter auch eine Qualitätssteigerung: „Für die Redaktionen gibt es jetzt nicht mehr die Ausrede der niedrigen Einschaltquote: Erfolg oder Misserfolg eines Beitrags müssen nicht mehr an der Quote gemessen werden.“ Susanne Amann setzt auf neue Formate und Erzählformen, Multimediales und Animiertes, was durch die neuen Ausspielwege möglich wird. Katrin Langhans wünscht sich, dass „wir im Netz mehr Platz und Zeit bekommen, um zusätzlich die Hintergründe unserer Recherchen zu erzählen.“

Bastian Obermayer ist Ressortleiter für Investigative Recherche bei der Süddeutschen Zeitung und unter anderem Pulitzer-Preisträger. Sein Ressort arbeitet mit allen Redaktionen der SZ zusammen und hat auch darüber hinaus Partnerschaften zu anderen Medien – national und international. Sein Team arbeitet multimedial und plant langfristig: „Wir brauchen Teamarbeiter, nicht den großen Hauptdarsteller. Wir wünschen uns Leute mit großem Adressbuch und kleinem Ego.“ Denn: „Hinter der Autorenzeile stehen keine Prozentzahlen, wer wieviel in die Geschichte eingebracht hat.“ Vor der Veröffentlichung stehen umfangreiche Fakten- und Dokumentenchecks: „Bevor wir nicht fertig sind, wird nichts veröffentlicht. Bis kurz vor Schluss können wir noch alles wegwerfen und die Geschichte erscheint nicht. Da gibt es keinen Druck von der Chefredaktion.“

Sehr wichtig: „Wir recherchieren ergebnisoffen. Wir setzen uns kein Ziel. Das wäre furchtbar. Wir wissen am Anfang nicht, wo unsere Recherche hinführt. Wir wollen niemanden weghaben oder zum Rücktritt bringen. Wir liefern die Informationen, die wir gefunden haben. Wir wollen aufklären und zur Meinungsbildung des Lesers beitragen. Und wir bieten Lösungsmöglichkeiten für die beschriebenen Probleme an.“

Recherchen zum Strache-Video

Eine besonders schwierige und einjährige Recherche ging der Veröffentlichung des „Ibiza-Videos“ voraus. Es zeigte den damaligen österreichischen Vizekanzler und FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache bei heimlich

gefilmt und kompromittierenden Verhandlungen mit einer angeblichen russischen Oligarchin in einer Villa auf Ibiza. „Es war eine völlig verrückte Geschichte“, sagt Obermayer heute. „Wir hatten ständig das Gefühl, beim Treffen mit Informanten selbst gefilmt zu werden und in eine Falle der FPÖ zu tappen.“ Ein Problem war auch der Zeitpunkt der Veröffentlichung: „Sowohl vor der Wahl als auch danach wäre uns in jedem Fall als Manipulation ausgelegt worden.“ Obermayer legt Wert darauf, dass für Informationen nie etwas gezahlt wurde und dass keine Gegenleistungen vereinbart wurden. Schwierig war das Verhältnis zu anderen Redaktionen nach der Veröffentlichung von Teilen des Videos: „Auch renommierte deutsche Blätter haben nachher vieles an sogenannten Fakten gebracht, von dem nicht einmal wir wussten, ob es stimmt. Alle schreiben voneinander ab. Wir wurden nie gefragt, ob was stimmt. Es war extrem deprimierend, denn der Quellen- und Informantenschutz hinderte uns an der Richtigstellung.“

Ethik unterentwickelt

Wie sich journalistische Ausbildung zukünftig verändern muss, um Fehlentwicklungen zu verhindern, machte Gianna Niewel deutlich. Sie ist Redakteurin auf der Seite Drei bei der Süddeutschen Zeitung und hat viel mit Reportagen zu tun: „Es gibt in der Praxis Unsicherheiten bei ethischen Fragen – zum Beispiel beim Persönlichkeitsrecht und Portraits. Was darf ich und was lasse ich besser bleiben?“

Ethik käme in der Ausbildung leider zu kurz: „Ein Tag würde manchmal schon reichen.“ Henriette Löwisch, Leiterin der Deutschen Journalistenschule in München, will daraus kein eigenes Seminarthema machen: „Dann ist es abgehakt und erledigt. Wir müssen eine Kultur in den Redaktionen entwickeln, mit der diese Fragen immer wieder gestellt und behandelt werden.“ Auch Andreas Wolfers, Leiter der Henri-Nannen-Schule in Hamburg, sieht ethische Fragen eher als „Querschnittsthema“, das sich durch alle Ausbildungseinheiten durchziehen muss und alle journalistischen Darstellungsformen betrifft: „Wir müssen diese Fragen immer wieder an konkreten Fällen aus der Praxis diskutieren.“



Gianna Niewel: „Es gibt in der Praxis Unsicherheiten bei ethischen Fragen.“

„Über-Dokumentation“

Der schwierigen Lage der freien Autoren und Filmproduzenten war ein weiteres Panel gewidmet. Eine Autorin beklagte unbezahlte Vorarbeiten und lange Ent-

scheidungsprozesse in den Redaktionen: „Ich bin für die Geschichte zweimal unterwegs, werde aber nur einmal bezahlt.“ Und von zehn Exposés würden am Ende zwei realisiert. Der Rest wird nicht honoriert. Nach Relotius werde auch eine „Über-Dokumentation“ der Recherchen verlangt. Am Ende sei man mehr mit Fotos und dem Sammeln von Belegen beschäftigt als mit der eigentlichen Arbeit am Thema.

Der Kölner Film- und Medienwissenschaftler Dietrich Leder verlangt von Journalisten mehr „Selbstreflexion“ und eine Auseinandersetzung mit der Relotius-Affäre. Reportagen seien



Sandra Müller: „Mehr Demut und Selbstkritik tun allen Journalisten gut.“

Literatur, aber sie dürfen eben nicht fiktional werden, sondern müssen dokumentarisch bleiben. Die freie Hörfunkjournalistin Sandra Müller, die vorwiegend aktuell für den SWR arbeitet, ist immer wieder erschrocken über den fehlenden Faktencheck in den Redaktionen: „Ich selbst gehe inzwischen kritischer mit meinen eigenen Ge-

schichten um und merke, dass ich oft viel zu wenig über meine Informanten und Zeugen weiß.“ Ihr Fazit der Tagung: „Mehr Demut und Selbstkritik tun allen Journalisten gut.“

„Do“ und „Do not“

Auch der Autor Tom Schimmeck hat sich kürzlich gewundert, als er bei einem renommierten Radiosender ein einstündiges Feature ablieferte und niemand die Fakten prüfte: „Ich habe gehofft, dass ich keine Fehler gemacht habe.“ Er zog ein Tagungsresümee der etwas anderen, zugespitzten Art. Er unterscheidet zwischen „Do“ und „Do not“ im Journalismus: Ganz oben in der ersten Kategorie steht: Demut. Gleich danach: Zweifel einräumen und öffentlich machen. Und eine „Fehlerkultur“ in den Redaktionen entwickeln. Mehr Transparenz der Arbeit und immer wieder Faktencheck – in allen Medien. Was in Zukunft gar nicht mehr geht: Mehrere Personen zu einer „verdichten“; Szenen zusammenmontieren, die nicht zusammengehören; Erfundenes erzählen („Wir sind nicht die Brüder Grimm“) und sich aus Idealismus ausbeuten lassen. Und angesichts der Berichte aus manchen ARD-Anstalten findet Schimmeck auch gleich noch eine neue Deutung der Abkürzung: „**A**ngst **R**egiert **D**ich.“ Er freut sich jedenfalls, dass die „Reportage nicht mausetot ist und der SPIEGEL auch weiterhin erscheinen wird.“

Michael Schröder

(siehe Presseschau ab Seite 32)

Von der analogen zur hybriden Öffentlichkeit

Die digitale Transformation betrifft alle Lebensbereiche. Der schleichende Strukturwandel von Öffentlichkeit erscheint besonders brisant.

SOZIALE MEDIEN übernehmen die Funktion eines digitalen Versammlungsortes und verdrängen so zunehmend die traditionellen Massenmedien. Der öffentliche Raum erodiert zusehends in fragmentierte digitale Arenen, in denen Algorithmen und Bots zur selektiven Wahrnehmung verführen. Digitale Mini-Öffentlichkeiten drohen zu selbstreferenziellen Echo-kammern zu verkommen, zwischen denen es weniger einen abwägenden Meinungs-austausch gibt denn eine eskalierende Polarisierung. Mehr noch: Die Faktizität der kommunizierten Inhalte scheint in einer Ära von „alternativen Fakten“ und „Deep Fakes“ hinter die Emotionalisierung zurückzutreten. Die Rationalität der öffentlichen Diskurse verkommt. Doch lassen sich der Öffentlichkeitswandel und seine Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft so schwarz-weiß zeichnen? Wir widmen uns den Grautönen der hybriden Öffentlichkeiten.

Ende der alten Öffentlichkeit

„Die gegenwärtigen Phänomene entsprechen revolutionären Ereignissen wie der Erfindung des Buchdrucks“, beschrieb Ulrike Klinger (FU Berlin) unsere Zeit, in der sich Falschnachrichten über Social Media schneller verbreiten als wahre Neuigkeiten. Der Wandel des Kommunikationsraums durch digitale Transformation ist mehrdimensional:



Ulrike Klinger: „In unserer Zeit verbreiten sich Falschnachrichten schneller als wahre Neuigkeiten.“

- Die neue Öffentlichkeit könne nicht mehr als eine Arena vorgestellt werden, die von „Zuschauern“ auf der Galerie verfolgt werde und in der Interaktionen zwischen Galerie und Arena durch klassische Medien vorgenommen werden. Sie ist vielmehr zu einem dezentralen, räumlich wie funktional unbegrenztem Netzwerk geworden, in dem jeder zugleich Kommunikator und Rezipient ist bzw. sein kann. Zugleich ist sie fragmentiert und von Dissonanzen geprägt.



© MESTER

- Der digitale Raum differenziert sich zunehmend in Semi-Öffentlichkeiten aus, wobei sich der Gegensatz zwischen öffentlich und privat auflöst: Indem man auf Facebook Inhalte postet, sich in WhatsApp oder Snapchat austauscht, auf YouTube Filme hochlädt, auf Flickr und Instagram Fotos und Bilder präsentiert oder auf Twitter oder im Spiegel kommentiert, werden stets „Fremde“ in die Kommunikation aufgenommen – als Adressaten oder als Beobachter – sei es, dass es auch nur der Plattformbetreiber ist.
- Algorithmen, Social Bots und Trolle können unter den Bedingungen digitaler Öffentlichkeit Kommunikation erzeugen bzw. verhindern und dadurch das Meinungsklima manipulieren.

Dimensionen digitaler Spaltung

Der Journalist Richard Gutjahr spricht von einem „Krieg der Information und Deutungshoheit“, der sich gegenwärtig vor allem im Internet abspielt. Schuld daran ist seiner Meinung nach ein doppelter digitaler Graben:

Der erste ist ein altersspezifischer bezüglich der Informationsquellen: Für die ältere Generation bleiben Fernsehen und Zeitungen die Leitmedien. Für Jüngere sind es aber längst Internet und Soziale Medien.

Den zweiten Graben sieht er in der immerwährenden Schlacht um die Deutungshoheit zwischen einzelnen Mini-Öffentlichkeiten, die zudem im Sinne einer „asymmetrischen Kriegsführung durch Algorithmen“ verschärft wird. Informationen und Meinungen verbreiten sich, bevor sie überprüft werden können, und fördern verschiedene, oft miteinander

unvereinbare Auffassungen der Wirklichkeit. Gutjahr spricht gar von einer „verheerenden Trias von Populisten, Propaganda und Algorithmen“.

Die Folge ist eine deutliche Missrepräsentanz von unterschiedlichen sozialen Gruppen und ihren jeweiligen Themen in den digitalen Öffentlichkeiten, so auch die Beobachtung von Teresa Naab (Universität Augsburg).

Ungenutzte Chancen

Diese doppelte digitale Spaltung rückt zugleich lange gehegte Hoffnungen, die digitale Transformation würde die Demokratiequalität steigern, ins Illusorische: Auf den ersten Blick bieten die technischen Möglichkeiten des Internets Voraussetzungen für die Umsetzung des Idealmodells von Öffentlichkeit nach Habermas: Die digitale Öffentlichkeit bietet konzeptionell einen offenen, sozial erweiterten und gleichberechtigten Zugang zur Kommunikatorrolle und dadurch egalitäre Chancen auf die Teilhabe am gesamtgesellschaftlichen Diskurs. Ebenso erweitert sie die Selbstbeobachtungsmöglichkeiten und Reflexivität der Gesellschaft.



Teresa Naab: „Im digitalen Raum werden Agenden und Meinungsklima verzerrt.“

Faktisch aber erfüllen sich diese Versprechen (gegenwärtig) nicht: Eine neue gesellschaftliche Deliberativität zeichnet sich nicht ab. Ebenso wenig wird das Partizipations- und Interaktionspotenzial der neuen Medien ausgeschöpft. Stattdessen werden Themenagenden und Meinungsklima verzerrt, die Polarisierung zwischen sozioökonomischen Gruppen vorangetrieben und insgesamt gesellschaftliche Spaltungen überzeichnet und dadurch perpetuiert.



Thomas Niehr: „Die Grenzen des Sagbaren werden ganz bewusst verschoben.“

© Winterer (APB)

Wurde früher Lange- weile im politischen Diskurs beklagt, scheint heute die Sprache zu verrohen. Thomas Niehr (RWTH Aachen) beobachtet schon länger eine Tendenz zu anstößigen Formulierungen in der Politik. Zunehmend bereitet ihm allerdings Sorgen, dass insbesondere von Vertretern des nationalistisch-populistischen

Lagers ganz bewusst Grenzen des Sagbaren verschoben werden. Dabei geht das kalkulierte Brechen sprachlicher Tabus mit der gleichzeitigen Abwertung gesellschaftlicher Minderheiten einhergeht. Die Medien stecken wiederum in einem Dilemma: Gibt man den Rechtspopulisten eine Bühne oder fördert man durch zurückhaltende Berichterstattung den Vorwurf von Zensur?

Insgesamt wird in den Debatten in den sozialen Medien der Ton rauer: „Wir können heute überall in den Medien hören und sehen, was früher nur am Stammtisch in kleiner Runde diskutiert worden ist“, sagt Ulrike Klinger. Wichtiger als diese Missstände zu beklagen sei es, mehr denn je seinen eigenen Sprachgebrauch zu reflektieren.

Unverbindliche Kommunikation

Für Olaf Hoffjann (Universität Bamberg) fördert die digitale Öffentlichkeit auch den Wandel der politischen Kommunikation: „Früher waren Kategorien wie Wahrheit, Wahrhaftigkeit, Lüge etc. relevant. Heute – in der Zeit von Donald Trump & Co. – ist es zunehmend die Unverbindlichkeit und das Im-Gespräch-Bleiben.“ Und das hat Folgen für die Wahrnehmung politischer Aussagen, die mitunter nicht mehr als ernst gemeint und verbindlich aufgenommen werden. Insofern würden auch offensichtliche Lügen vom Publikum nicht (mehr) sanktioniert. Ursachen hierfür sieht Hoffjann in der Kombination einer langfristig beobachtbaren Tendenz zur politischen Selbstinszenierung und Politainment, der Etablierung der Sozialen Medien und eines erstarkten Populismus. Doch die Auswirkungen gehen über die Sphäre der politischen Kommunikation hinaus: „Verbindliche, sachorientierte Diskurse werden immer unwahrscheinlicher.“



Olaf Hoffjann: „Verbindliche, sachorientierte Diskurse werden immer unwahrscheinlicher.“

Für Klinger bleiben aber auch die Bedingungen der digitalen Öffentlichkeit gestaltbar: „Öffentlichkeitsräume sind Möglichkeitsräume.“ Man dürfe sich also nicht dem Fatalismus ergeben, sondern Gestaltungsmöglichkeiten identifizieren und wahrnehmen.

Digitaler Detox

Zum einen ist die Politik gefordert, die stetig die rechtlichen Rahmenbedingungen fortentwickeln muss: Dazu gehören Datenschutz, die Wahrung der Per-

sönlichkeitsrechte und die Regulierung und Besteuerung der globalen Plattformen. Es komme auch auf die Durchsetzung bestehenden Rechts an. Georg Streiter, Journalist und von 2011 bis 2018 stellvertretender Sprecher der Bundesregierung, rät zusätzlich zu einer Zurückhaltung in der politischen Kommunikation: „Man sollte nicht über jedes Stöckchen springen, das einem hingehalten wird. Und so manchem würde auch ein gelegentlicher digitaler Detox gut tun.“



Georg Streiter: „Man sollte nicht über jedes Stöckchen springen, das einem hingehalten wird.“

Auch die Journalisten sind gefordert, wenn sie in Zeiten hybrider Öffentlichkeiten relevante Schleusenwärter im Nachrichtenstrom bleiben wollen. Peter Lindner, Ressortleiter Politik bei der Online-Ausgabe der Süddeutschen Zeitung, merkte an: „Journalisten sind im besten Fall Vertrauensarbeiter. Wenn Bürger Vertrauen in den Journalismus verlieren, dann ist die Demokratie in Gefahr.“ Lindner weiß, dass Vertrauen täglich erarbeitet werden muss: durch mehr Transparenz in den Medien, durch sorgfältige Recherche, aber auch durch neue Dialog- und Beteiligungsformen, die das Verhältnis zum Leser und Zuschauer fortwährend beleben. Dadurch könne insgesamt die Debattenkultur gestärkt werden.

Und schließlich sind Bürger in ihrer Rolle als Kommunikatoren und Nutzer selbst gefordert. Denn „durch das Netz haben wir alleine in Deutschland über 80 Millionen Chefredakteure“, überspitzt Richard Gutjahr. Dies bedeute auch, dass eigentlich jeder einzelne journalistische Mindeststandards verinnerlichen und sich der eigenen Verantwortung bewusst werden sollte.

Bildung über Medien

Damit der einzelne Bürger sich in der neuen digitalen Öffentlichkeit souverän und mündig bewegen kann, braucht er Medienkompetenz. Gutjahr spricht sich deshalb dafür aus, Medienbildung jenseits des Schulunterrichts für alle Altersgruppen anzubieten, um „das Internet nicht nur den Pöblern zu überlassen.“ Eine solche Bildungsoffensive sollte vermitteln, wie neue Medien funktionieren und was hybride Öffentlichkeiten ausmacht.

Dazu gehört das Verständnis von Algorithmen: Was verbirgt sich dahinter und was sind ihre Grundprinzipien? Welchen Einfluss auf die Meinungsbildung haben sie? Ferner muss Medienbildung deutlich machen, dass

Online-Plattformen nicht für den Diskurs, Kommunikation und Demokratie existieren, sondern um Geld zu verdienen. Klinger bringt es auf den Punkt: „Alles andere ist entweder Mittel zum Zweck oder Nebeneffekt.“

Auch ethische Bildung müsse im Kanon der zu vermittelnden Kompetenzen stehen, sagt Alexandra Borchardt (Reuters Institute for the Study of Journalism der University of Oxford). Denn unter den Bedingungen der digitalen Transformation avanciert gerade die Frage, was den Menschen zum Menschen macht, zum Schlüsselkriterium. So bleiben Empathie, menschliche Intuition, soziale Intelligenz und Vertrauen auch künftig zentrale Kategorien, die von Maschinen nicht ersetzt werden können. Oberstes Bildungsziel müsse sein, sich in der digitalen Welt selbstbestimmt bewegen und sie gestalten zu können.

Traditionelle Medien taktgebend

Es ist verkürzt, den Öffentlichkeitswandel alleine an den digitalen Medien festzumachen: Die Realität ist komplexer, da sich Online- und analoge Medien zu hybriden Kommunikationsräumen durchdringen. Borchardt zeigte, dass traditionelle Medien nach wie vor die Agenda setzen und Debatten bestimmen: „Es sind erst Journalisten, die den Tweets von Trump & Co. ihre Reichweite verschaffen. Sie bleiben auch weiterhin relevante Gatekeeper, von denen überhaupt die größte Twitteraktivität ausgeht.“



Alexandra Borchardt: „Traditionelle Medien bestimmen nach wie vor die Debatten.“

Soziale Medien sind daher nicht an allem Schuld: Sie stellen Kommunikationskanäle bereit. Bei der Qualität von Öffentlichkeit und der kommunizierten Inhalte kommt es auf jeden Einzelnen an. Relevant sind die Wahrung der journalistischen Qualität, die digitale Mündigkeit der Bürger durch Förderung der Medienkompetenz und die politisch-rechtliche Nachjustierung des digitalen Raums.

Das ändert zwar nichts daran, dass soziale Medien auch künftig ein willkommener Verstärker der Empörungsmaschinerie sein werden. Hier wiederum rät der Journalist Streiter zur Gelassenheit beim Publikum und zur Zurückhaltung bei den Kommunikatoren. Man möge sich öfter Zeit nehmen, um nachzudenken. Denn „manchmal ist auch ein nicht gesagtes Wort ein gutes Wort.“ Das galt bereits in analogen Zeiten und das gilt umso mehr in der digitalen Ära.

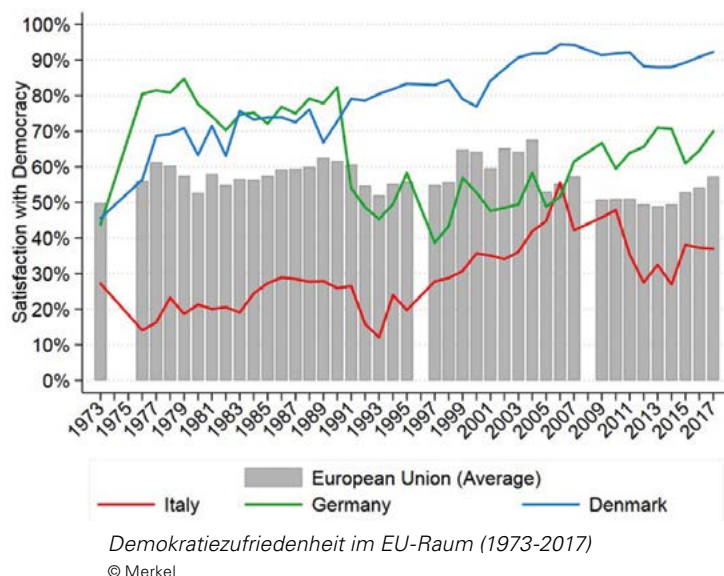


Andreas Kalina

„Unsere Demokratien sind zerbrechlicher geworden“

Die Welt befindet sich in einem fundamentalen und dauerhaften Wandel: Digitalisierung, Klimakrise, globale Migration und Re-Nationalisierung mit zunehmendem Populismus sind die Stichworte. Diese Prozesse fordern auch die Politische Bildung heraus. Zu diesem Thema beging der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) seine Jubiläumstagung zum 60-jährigen Bestehen an seinem Geburtsort Tutzing.

WOLFGANG MERKEL vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung brachte zunächst gute Nachrichten mit: Die Zufriedenheit mit der Demokratie liegt in Deutschland mit 70 Prozent immer noch deutlich über dem EU-Durchschnitt (knapp unter 60). In den USA sei der Niedergang besonders dramatisch. Diese Entwicklung habe bereits unter Obama begonnen. Trump sei davon der Profiteur, nicht die Ursache. Merkel sieht eine latente Krise, die sich durch einen schleichenden Niedergang und Erosionserscheinungen bemerkbar macht. Demokratie leide an unerfüllten Versprechen und Verschlechterung der Qualität durch chronische Defizite. Das Ergebnis seien defekte, illiberale und exklusive Demokratien. Als Beispiel nannte er Ungarn und Polen und mit einer gewissen Tendenz auch die USA. Aber Merkel hatte noch eine gute Nachricht: Er sieht keinen drohenden Kollaps.



© MESTER

Aber die Globalisierung mache Staaten verwundbar. Es gebe einen Wettlauf zwischen ihnen um Investitionen mittels Reduzierung der Steuern für Unternehmen, Kapitaleinkünfte und hohe Einkommen. Ein weiteres Problem sieht der Berliner Politikwissenschaftler in der Deregulierung der Arbeitsmärkte, die oft als Voraussetzung für Investitionsbereitschaft gelte. Am Ende sei es immer das Gleiche: Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste. Auffallend sei, dass der Vertrauensverlust besonders die wählbaren Institutionen treffe: Parteien, Parlamente und Regierungen. Dagegen seien Polizei, Militär und Justiz von diesen Erosionsprozessen im EU-Durchschnitt nicht so stark betroffen.



Wolfgang Merkel: „Die Rechtspopulisten sind die neuen Volksparteien.“

© Erben / AdB

Irreversible Erosion

Sozioökonomische Ungleichheit führe zu politischer Ungleichheit: „Wir haben es mit einer gut funktionierenden Zwei-Drittel-Demokratie zu tun: Das untere Drittel der Gesellschaft steigt aus“, sagte Merkel. Deswegen seien Formen der direkten Demokratie gerade bei Rechtspopulisten so beliebt. Indikatoren sieht er in einer deutlich sinkenden Wahlbeteiligung sowie dem Rückgang an Wählern und Mitgliedern bei den früheren Volksparteien. Er empfiehlt, sich von diesem Begriff ganz zu verabschieden, da in ganz Europa die konservativen und sozialdemokratischen Parteien zusammen allein nicht mehr zur Regierungsbildung in

der Lage seien: „Wir haben es mit einer irreversiblen Erosion der Volksparteien zu tun. Die Rechtspopulisten sind die neuen Volksparteien.“

Weltweit gebe es zumindest eine Stagnation, möglicherweise auch eine minimale Regression liberaler Demokratiestandards. Von der Krise DER Demokratie wollte Merkel aber nicht sprechen. Dafür seien die Länder zu unterschiedlich. Dennoch: „Unsere Demokratien sind zerbrechlicher geworden.“

Zunehmende Komplexität

Auch Akademiedirektorin Ursula Münch sieht Verunsicherungen über die Leistungsfähigkeit der Demokratie angesichts der vielfältigen Transformationen. Die Abwendung weiter Kreise der Bevölkerung von der Politik habe einen Grund in der zunehmenden Professionalisierung und Spezialisierung von Politikern und der damit einhergehenden Komplexität politischer Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse: „Politische Kommunikation findet digital, entgrenzt und in Echtzeit statt. Diese Schnelligkeit der Informationen und Transformationen steht im Widerspruch zur Langsamkeit von politischen Prozessen in der rechtsstaatlichen Demokratie.“



Ursula Münch beschrieb die Herausforderungen für die Politische Bildung durch den gesellschaftlichen Wandel.
© Archiv (APB)

Eine Entparlamentarisierung laufe parallel zum Bedeutungszuwachs externer Politikberater: „Intransparenz und eine wachsende ‚Basta-Sehnsucht‘ sind die Folge“, sagte Münch. Sie zitierte aus Meinungsumfragen, wonach rund 60 Prozent der Wähler in Thüringen Orientierungslosigkeit beklagen und etwa 40 Prozent Angst vor sozialem Abstieg und Statusverlust haben.

Bedeutungsverlust

Die Folgen und Herausforderungen für die Politische Bildung beschrieb die Politikwissenschaftlerin. Demokratie sei eine voraussetzungsvolle Staatsform. Der Schutz der Freiheit und der Republik sei eben auch Aufgabe der Bürgerschaft, nicht allein des Staates. Die geringer werdende Bedeutung der alten „Gatekeeper“ und „Leitplanken“ wie Parteien, Medien, Verbände und Kir-

chen müsse die Politische Bildung versuchen auszugleichen. „Gleichzeitig muss Politische Bildung ein Grundverständnis für Pluralismus wecken: Interessen und Kompromisse sind nun einmal ein Wesensmerkmal einer freiheitlichen Demokratie.“

Attraktivität erhöhen

Eine neue Aufgabe für die Politische Bildung sieht Münch in der nötigen Begleitung von Verfahren der Bürgerbeteiligung und direkten Demokratie. Politische Bildung solle darüber hinaus unbedingt mit einem „algorithmischen Grundverständnis“ kombiniert werden. Und schließlich müsse die Attraktivität von Angeboten der Politischen Bildung erhöht werden: „Die verschärfte Wettbewerbssituation erfordert veränderte Formate. Politische Bildung darf auch Spaß machen“, sagte die Akademiedirektorin.

Matylda Bobnis ist Schülerin aus München und aktiv in der „Fridays-for-Future“-Bewegung. Sie sagt: „Mir geht politisch alles zu langsam. Wir wollen mit unserer Protest- und Streikbewegung die aktuelle Klimakrise eindämmen.“ Das sei schon längst keine Jugendbewegung mehr. Zu den Demonstrationen kämen mittlerweile auch die Eltern und Großeltern der Schülerinnen und Schüler. Sie stellte aber auch klar: „Die Politisierung der jüngeren Generation kann man nicht verallgemeinern. Viele in meiner Klasse interessieren sich überhaupt nicht dafür. Ich bin die Einzige, die am Klimastreik teilnimmt.“ Ein Ruck gehe jedenfalls nicht durch ihre Altersgenossen. Bobnis wehrte sich gegen den Vorwurf, Ängste schüren zu wollen: „Wir haben Konzepte und Lösungsmöglichkeiten vorgestellt. Wir dramatisieren und übertreiben nicht.“ Und Eva Feldmann-Wojtachnia vom Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) in München ergänzte: „Wenn man konkret wird, dann werden Ängste auch beherrschbar. Wenn klare Forderungen auf dem Tisch liegen, dann kann man über die reden und verhandeln.“



Michael Schröder



Vier Frauen und ein Thema: Transformationen (von links: Ursula Münch, Matylda Bobnis, Eva Feldmann-Wojtachnia und Moderatorin und SZ-Journalistin Ferdos Forudastan)

© Schröder (APB)

Neues Parlament, neue Kommission – neues Europa?

Die Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) im Mai 2019 haben die gewohnten parteipolitischen Kräfteverhältnisse umgekrempelt: Die starke Position der Europäischen Volkspartei (EVP) und der Sozialdemokraten (S&D) mit ihrer absoluten Mehrheit ist Geschichte. Es wird schwieriger werden, Mehrheiten zu organisieren.

DAS wurde schon deutlich, als sich das neu gewählte Parlament nicht auf einen eigenen Kandidaten für den Kommissionspräsidenten verständigen konnte. So konnte der Europäische Rat am Parlament vorbei Ursula von der Leyen als neue Präsidentin quasi aus dem Hut zaubern.

Sie hat inzwischen die Kommissare benannt, ihnen die Aufgabengebiete zugeteilt und die Strukturen vorgezeichnet. Mit der Bestätigung der neuen Kommission durch das Parlament und ihrer Vereidigung sind die organisatorischen und personellen Rahmen gesetzt. Inhaltliche Prioritäten und Leitlinien hat die Präsidentin ebenfalls vorgegeben: Ihre „Kommission soll eine geopolitische Kommission sein, die sich für eine nachhaltige Politik einsetzt“ und einer EU vorsteht, die global als „Hüterin des Multilateralismus“ agiert.

Ambitionierte Absichtserklärungen

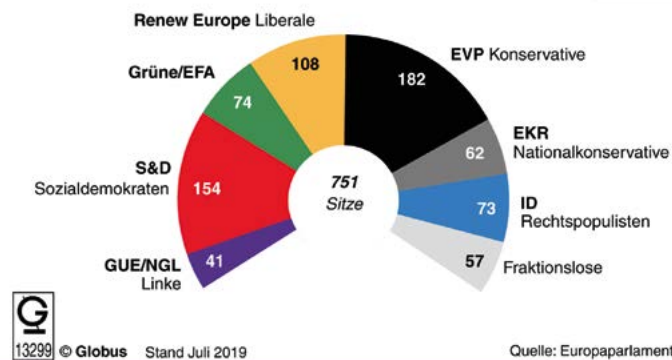
Mit dem „European Green Deal“ hat von der Leyen einen ehrgeizigen Plan für ein grünes Europa präsentiert, das bis zum Jahr 2050 der erste klimaneutrale Kontinent der Welt werden soll. Doch sind dies alles zunächst Absichtserklärungen. Sie müssen erst in konkrete politische Schritte gegossen werden. Bis dahin durchlaufen sie den Weg des zermalmenden Kompromissbetriebs der europäischen Politik im Spannungsfeld zwischen „Brüssel“ und den Nationalstaaten, zwischen den Mitgliedstaaten und den Parteifamilien. Zugleich sind die internen wie auch externen Herausforderungen, vor denen die EU in der neuen Legislaturperiode steht, groß.

Nationalisten gespalten

Die Ergebnisse der Parlamentswahlen haben viele Beobachter aufatmen lassen: Die Wahlbeteiligung ist merklich angestiegen und hat mit (immer noch sehr verhaltenen) 51 Prozent den höchsten Wert seit

Das EU-Parlament

Abgeordnete nach Fraktionen



© DPA-INFOGRAFIK 13299

1994 erreicht. Dies liegt ebenso an der Fridays-for-Future-Generation, welche überdurchschnittlich stark zur Wahlurne gegangen ist, wie an einer deutlich gestiegenen Stimmenabgabe in den Staaten Ostmitteleuropas. Nicht zuletzt konnten rechtspopulistische Parteien ihre Anhängerschaft zu fast 100 Prozent mobilisieren, so Andreas Maurer (Universität Innsbruck). Dennoch hat es der nationalistische Sektor nicht geschafft, aus den Wahlen signifikant gestärkt hervorzugehen: Trotz neuer Fraktionsbildung bleibt er in drei Teile gespalten und insgesamt hinter den erklärten Ansprüchen zurück. Klaus Welle, Generalsekretär des EP, beobachtet: „Was die Rechten eint, sind geteilte Anfeindungen gegen Brüssel, allerdings keine gemeinsame Agenda.“ Das reiche zwar für gelegentliche Obstruktionen, ermögliche aber keinen prägenden Einfluss auf europäische Politik.

Gleiche Prioritäten

Auch wenn die Wahlkampagnen, wie schon 2014, oft als lau empfunden wurden, haben laut Welle die Bürger, egal welcher politischer Richtung sie anhängen, verstanden, dass bei den Wahlen viel auf dem Spiel steht. Auch die Zivilgesellschaft habe sich stärker engagiert. Edgar Grande (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung) illustrierte an Forschungsergebnissen, dass für die Wähler bei der letzten Wahl grenzüberschreitend ähnliche Themenprioritäten zu be-



Edgar Grande: „Bei der letzten Wahl gab es grenzüberschreitend ähnliche Themenprioritäten.“

obachten waren: Europaweit verfringen mit Klimawandel und -schutz, Migration und Einwanderung und Zukunft Europas gleiche Themen. Damit waren das erste Mal bei einer Europawahl Voraussetzungen für transnationale Kampagnen mit europäischen Bezügen gegeben. Für Reinhard Bütikofer, den Ko-Vorsitzenden der Europäischen Grünen Partei (EGP), waren damit die Wahlen des vergangenen Jahres die ersten „europäischen“ Wahlen überhaupt. Und auch Klaus Welle stellt fest: „Die stärkere grenzüberschreitende Ausrichtung und gestiegene Wahlbeteiligung verleihen dem Europaparlament eine neue Legitimität.“



Reinhard Bütikofer möchte zukünftig transnationale Parteilisten.
© Haug / Weise (APB)

Fragile Mehrheiten

Umgekehrt hat aber der Wahlausgang ein fragiles Parlament mit fragilen Mehrheiten hervorgebracht: Das bewährte Zweiparteiensystem, in dem die EVP und die S&D eine ständige Große Koalition bildeten, ist durch ein Mehrparteiensystem abgelöst worden. Es gibt keine stabilen überfraktionellen Lager mehr: „Mehrheitsbildung wird nunmehr in der Regel ad hoc erfolgen, gleichsam an der Sache“, so die Einschätzung von Generalsekretär Welle.

Aber damit die EU ihrem neuen Legitimationskredit nachkommt, muss sie eben auch „liefern“. Das braucht die Überwindung gravierender Meinungsunterschiede auf vielen Politikfeldern zwischen den Mitgliedstaaten. Und die europäischen Institutionen benötigen mehr exekutive Kompetenzen, um die an sie herangetragenen Aufgaben bewältigen zu können. Ferner ist ein Einigungswille über die Fraktionsgrenzen hinaus erforderlich, damit sich das Parlament nicht selbst blockiert, sondern Politik mitgestaltet.

Dass gerade die Fragmentierung des EP einem neuen, gestaltenden Europa im Wege stehen könnte, lässt das gescheiterte Spitzenkandidaten-Modell erahnen: Denn dieses Verfahren zur Einsetzung der neuen Kommission scheiterte weniger am Unwillen einzelner Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat als vielmehr am fehlenden Rückhalt für die Spitzenkandidaten der großen Fraktionen selbst.

Gescheitertes Modell?

Für Andreas Maurer liegen die Gründe hierfür eher an den Kandidaten und den konkreten Umständen. Edgar Grande allerdings sieht die Wurzeln des

Scheiterns tiefer begründet: „Die Europawahl 2019 war kein Votum für oder gegen einen Kandidaten. Der Spitzenkandidaten-Prozess ist schon im Wahlkampf klar gescheitert – und nicht erst in den Verhandlungen nach der Wahl.“ Denn die gewünschte engere Verbindung zwischen Wählern und Parteien lässt sich in einem politisch wie kulturell stark heterogenem Gebilde, in dem es keine transnationalen Parteien gibt, durch europaweite Kandidaten (noch) nicht gewährleisten.

Für Bütikofer bedingen sich Personalisierung und Europäisierung von Themen und Parteien in einem wechselwirkenden Prozess, der erst über mehrere Runden an Intensität und Wirkkraft gewinnen kann. Er forderte: „Es müssen auch im Wahlkampf gemeinsame europäische Themen eine zentrale Rolle spielen.“ Das Spitzenkandidaten-Modell eigne sich hierfür bestens, da es die jeweiligen Kandidaten dazu animiert, EU-weit alle Bürger anzusprechen.

Die Wahl 2019 sieht er insofern mit gemischten Gefühlen: „Wahlkampftechnisch war das Spitzenkandidaten-Modell ein Erfolg, da es durchaus mobilisiert hat; institutionell allerdings eine Pleite, die vorrangig auf das Konto des Parlaments und seiner Fraktionen geht.“ Das Modell solle keinesfalls verworfen, sondern aus den Fehlern gelernt werden. Seine Idee: die Ergänzung um transnationale Listen, die jeweils europaweit von ein und demselben Kandidaten angeführt würden. Dadurch wäre perspektivisch der Weg „zu richtigen europäischen Parteien [eröffnet], in denen jeder Bürger Mitglied werden kann.“

Gesellschaftliche Spaltung

Auch wenn für Europas Bürger zunehmend gleiche Themen relevant sind, scheint der Zusammenhalt in der EU heute mehr denn je in Frage gestellt. Die Gräben verlaufen aber weniger zwischen einzelnen Mitgliedstaaten denn vielmehr innerhalb der einzelnen Länder selbst: Die neue gesellschaftliche Konfliktlinie liegt zwischen einem liberalen bzw. kosmopolitischen Pol und einem protektionistisch-nationalistischen Pol: Für die erste Gruppe aus der vorwiegend urbanen Bevölkerung stellen insbesondere Mobilität, offene Grenzen, Multilateralismus und Kulturaustausch hohe Güter dar. Die EU erscheint als dafür passender Rahmen. Für die zweite Gruppe steht hingegen die Forderung nach klarer Abgrenzung im Vordergrund – und damit die Betonung von Staatsgrenzen, von gesellschaftlichen Grenzen und von Kompetenzgrenzen. Und gerade hier verfangen populistische Parolen, da sie diese Sehnsüchte auffangen, die zugleich von den etablierten Parteien oft übersehen werden. Die Wahlen 2019 hätten gezeigt, dass beide Lager eher die jeweilige Position halten, als dass sie aufeinander zugehen, so Grande.

Auch der Brexit stehe symptomatisch für diese Spaltung und sei „Ausdruck einer tief gehenden Polarisierung der Gesellschaft“, meinte Claudia Wiesner von der Hochschule Fulda. Das Brisante an dieser Spaltung sieht sie darin, dass die Gruppen sich unversöhnlich gegenüberstehen – ohne Tendenz zum Ausgleich.



Claudia Wiesner sieht eine tief gehende Polarisierung und Spaltung der Gesellschaft in Europa.

EU als „Schutzmacht“

Rafael Bossong (Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin) sieht hier dagegen Potenzial für die Zukunft. Denn die Europawahlen hätten gezeigt, dass die Menschen europaweit ähnliche Sorgen umtreiben: „Mit den Themen Klimaschutz, Einwanderung, innere und äußere Sicherheit sowie soziale Sicherung wird von der EU zunehmend erwartet, dass sie schützt.“ Und gerade die EU als „Schutzmacht“ würde den Ausgleich zwischen dem Integrations- und dem Abgrenzungslager befördern.

Tatsächlich fungiere die Union bereits als Sicherheitsakteur, allerdings eher technokratisch, regulativ und finanziell – weniger exekutiv. Wirklichkeit und Wahrnehmung würden voneinander abweichen. Es ginge deshalb darum, Politik besser und wahrnehmbarer zu vermitteln. Aber auch der umfassende Sicherheitsansatz müsse vertieft werden. Dazu gehört auch eine weitergehende Verzahnung sicherheits-, außen-, umweltpolitischer und wirtschaftlicher Aspekte, was aber zugleich nach Kompetenzen, Ressourcen und Solidarität verlangt, fügte Klaus Welle an. Josef Braml (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik) forderte: „Europa kann und muss seine Wirtschaftskraft als Hebel einsetzen, auch bei sicherheitspolitischen Zielsetzungen – sei es gegenüber Russland, China oder auch den USA.“ Auf „America First“ gebe es eine eindeutige Antwort: „Europa United“.

Verbesserungspotential

Gelingt es der EU, der an sie herangetragenen umfassenden Schutzfunktion zu genügen, so könnte sie auch im 21. Jahrhundert eine Erfolgsstory sein. Sie sollte ihr Licht nicht unter den Scheffel stellen, müsse aber eben auch vorausschauen, sagte Elmar Brok – fast 40 Jahre Europaparlamentarier. Die Union sei zwar nicht vollkommen, könne aber viele Erfolge vorweisen. Sie stehe für 70 Jahre Frieden, Freiheit und Wohlstand. Dennoch gebe es Verbesserungspotential: Er forderte eine andere Afrika-Politik. Traditionelle

Entwicklungspolitik müsse mit Sicherheitspolitik verbunden werden, um Regionen vor Terrororganisationen zu schützen. Europa und seine Politik müssten besser kommuniziert werden: „Die EU muss sich als das verkaufen, was sie ist – nämlich eine globale Softpower.“ Und nach innen müssten Entscheidungsprozesse transparenter und Kontroversen der europäischen Akteure wahrnehmbarer werden.

Für Mehrheitsentscheide

Insgesamt müsse die Entscheidungsfähigkeit gesteigert werden, plädierte Brok zusammen mit Sophie Griesbacher, der stellvertretenden Vorsitzenden von Volt Deutschland: Es brauche Mehrheitsentscheide auf mehreren Gebieten, damit nicht ein einzelner Staat „europäisches Vorgehen“ blockieren könne: so bei der Außen- und Steuerpolitik. Der Haushalt müsse auf den Bereich der Innovation ausgedehnt werden, damit die EU auch künftig global Standards setzen kann.

Griesbacher befürwortet, dass es „echte europäische Parteien gibt, die unionsweit mit einem einheitlichen Programm auftreten.“ Das Festhalten am Spitzenkandidaten-Modell wäre ein Schritt auf diesem Weg; einheitliche europäische Wahllisten der nächste und ein direkt zu wählender Kommissionspräsident der übernächste.

Sie findet, dass eine EU, die (wieder) stärker von ihren Bürgern getragen werden soll, ein neues Narrativ brauche. Es müsse Selbstvergewisserung über gemeinsam Geleistetes und zugleich Kompass für zukünftige Politik und Reformen sein. Ohne ein fest verankertes und von der Öffentlichkeit anerkanntes Narrativ werde die EU eher im Zustand der Agonie verbleiben: ein Staatenverbund, der integrierende und desintegrierende Momente ausbalanciert, der mehr reagiert als gemeinsam gestaltet, und der sich zunehmend von einem gemeinschaftlichen Rechtssystem zu einem intergouvernementalen Machtssystem transformiert, so die Einschätzung Grandes. Wolle man ein demokratisches Europa, in dem Bürger Quelle der Legitimation sind, müsse ein Narrativ her: etwa das eines „Europa, das schützt“.



Sophie Griesbacher sieht das Spitzenkandidaten-Modell als einen ersten Schritt.

Andreas Kalina

Auf den Spuren deutscher Teilung und Einheit

Bewegende Erzählungen von Zeitzeugen prägten die historisch-politische Studienfahrt nach Hof und Plauen 30 Jahre nach der Grenzöffnung und der Friedlichen Revolution in der DDR.

JENS HASE war im Sommer 1989 gerade 19 Jahre alt, als seinen kranken Eltern die Ausreise in die Bundesrepublik erlaubt wurde. Er erzählt seine Geschichte am Hofer Hauptbahnhof, wo er vor 30 Jahren zum ersten Mal westdeutschen Boden betrat. Nach der Ausreise seiner Eltern blieb er gegen seinen Willen allein in der DDR zurück und stand fortan unter Beobachtung der Staatssicherheit. Er widerstand allen ihren Anwerbeversuchen. Die Stasi versprach ihm Erleichterungen, wenn er bereit war, für sie als Spitzel zu arbeiten und seine Kollegen auszuhorchen. Sein einziger Gedanke: „Nur weg hier und zu meinen Eltern im Westen.“ Er entschloss sich im Sommer 1989 in die Tschechoslowakei auszureisen, um in Prag in die westdeutsche Botschaft zu fliehen, in der sich damals schon mehrere Tausend Flüchtlinge befanden.



Jens Hase kam am 1. Oktober 1989 mit dem ersten Zug als „Botschaftsflüchtling“ aus Prag in die Bundesrepublik.

„Die Angst war greifbar“

Dort wurde er am 30. September Zeuge der berühmten „Balkon-Rede“ von Hans-Dietrich Genscher, mit der er rund 4500 DDR-Bürgern die Ausreise in die Bundesrepublik ankündigte. Der Wermutstropfen: Die Züge mussten über das Gebiet der DDR fahren. Jens Hase: „Wir hatten Angst, dass die DDR im letzten Augenblick die Züge anhalten, uns rausholen und verhaften würde. Aber Genscher sagte: ‚Vertrauen Sie mir!‘.“ Ein „Abschiedsgeschenk“ der DDR gab es noch: „Es war eiskalt in den Zügen und sie hatten die Heizungen abgedreht.“ Die Angst war greifbar: „Bei jedem Halt brach Panik aus. Es war der Horror“, sagt Hase. Umso unbeschreiblicher der Jubel bei der Überquerung der Grenze in die Freiheit. „Wenn ich hier heute am Hofer



Im ehemals geteilten Dorf Mödlareuth wird die Geschichte der deutschen Teilung hautnah spürbar.

© Schröder (APB)

Hauptbahnhof stehe, überwältigen mich immer noch die Gefühle.“ Die Angestellten der Bahnmissionsmission halfen ihm dann, in kürzester Zeit seine Eltern ausfindig zu machen.

Volksfest wird zur Demonstration

Detlev Braun und Gerd Naumann waren am 7. Oktober 1989 in Plauen dabei, als Tausende von DDR-Bürgern den als Volks- und Kinderfest geplanten 40. Jahrestag der DDR-Gründung zu einer Demonstration für Reformen umfunktionierten. Der bewaffneten Staatsführung entglitt die Macht, zwei Tage bevor in Leipzig 70 000 Menschen für Demokratie und Freiheit auf die Straße gingen. Zusammen mit den Teilnehmern der Studienfahrt gingen Naumann und Braun noch einmal den „Weg des Aufbruchs“ durch die Plauener Innenstadt hin zur Alten Feuerwache. Dort steht noch heute ein Feuerwehrauto, das damals zum Wasserwerfer umfunktioniert wurde. „Es fiel kein Schuss, weil die Männer der bewaffneten Betriebskampfgruppen unter den Demonstranten ihnen gegenüber auch ihre Frauen und Kinder erkannten.“ Dem Hobbyfilmer Detlev Braun gelang es damals, mit seiner über 20 Jahre alten Schmalfilmkamera einzigartige Dokumentaraufnahmen dieses Aufmarsches zu machen – natürlich illegal. Er filmte auch die aus Prag kommenden Züge mit den „Botschaftsflüchtlingen“.

Die Mauer in „Little Berlin“

Alfred Eiber war seit 1963 bei der Bayerischen Grenzpolizei und im Herbst 1989 an der bayerisch-thüringischen Grenze tätig. Bei einer Busfahrt entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze zeigte er den Teilnehmern seine damaligen Einsatzorte entlang des Todesstreifens. Im bis 1990 geteilten Dorf Mödlareuth

* In Zusammenarbeit mit den Städten Hof und Plauen

(„Little Berlin“) nördlich von Hof wurde an den Resten der ehemaligen Mauer, die direkt durchs Dorf verlief, Geschichte wieder lebendig. Eiber erzählte von spektakulären und auch kuriosen Fluchtversuchen, die zum Teil gelangen, zu einem großen Teil aber auch tödlich bzw. mit der Verhaftung der Flüchtlinge endeten. So die berühmt gewordene Flucht mit einem Heißluftballon, in dem im September 1979 zwei Familien mit vier Erwachsenen und vier Kindern von Thüringen nach Bayern kamen (siehe auch Akade-

mie-Report 4-2019, S. 4). Oder die Flucht über das Dach von Kleinbussen, durch Abwasserrohre oder über die Ladefläche von Anhängern. Eiber sagte: „Mit jeder gelungenen Flucht wurde das Grenzsicherungssystem perfekter und unüberwindbarer.“ Heute ist an diesen Orten, an denen meist nur noch Gedenktafeln an die furchtbare Grenze erinnern, kaum noch vorstellbar, unter welchen Umständen die Menschen in dieser Region lebten.



Michael Schröder

„Die Angst wechselte damals die Seiten“

Gespräche mit bekannten Zeitzeugen der Friedlichen Revolution in der DDR 1989 ergänzten die Vorführung von Dokumentar- und Spielfilmen bei den 10. Deutsch-Deutschen Filmtagen in Hof und Plauen. Sie schlossen im Jubiläumsjahr mit einem Rekord ab. Mehr als 3 000 Besucher – rund 500 mehr als im Vorjahr – kamen in die Kinos.

DER FRÜHERE Bundestagspräsident Wolfgang Thierse schloss sich im Herbst 1989 der Bürgerrechtsbewegung „Neues Forum“ an und trat später der Sozialdemokratischen Partei in der DDR bei. Für sie zog er am 18. März 1990 in die erste frei gewählte Volkskammer ein, wurde Fraktions- und Parteivorsitzender und nach der Vereinigung stellvertretender SPD-Vorsitzender.

„Weggeher und Hierbleiber“

„Ich war früh für die Einheit, hätte mir allerdings mehr Zeit dafür gewünscht, um einen gemeinsamen Einigungsprozess zu organisieren. Ich dachte damals an zwei bis drei Jahre“, sagte Thierse. Dass es deutlich schneller ging, führt er auf mehrere Umstände zurück: Die Massenabwanderung junger qualifizierter DDR-Bürger nach Öffnung der Grenzen, die außenpolitischen Unsicherheiten („Wie lange ist Gorbatschow noch an der Macht und wer kommt danach?“) und schließlich die ökonomische Lage bis zur drohenden Zahlungsunfähigkeit der DDR. „Für den schnellen Einheitsprozess sind die Ostdeutschen zum Teil auch selbst verantwortlich, weil sie nicht so lange auf den Wohlstand warten wollten. Sie wollten keine Experimente. Das funktionierende Modell hatten



Wolfgang Thierse mag das Wort „Wende“ nicht und spricht lieber von Herbstrevolution (links Moderator Michael Schröder).

sie ja im Westen vor Augen.“ Für Thierse sind „sowohl die Weggeher wie auch die Hierbleiber“ für das Gelingen der Herbstrevolution verantwortlich. Das gebräuchliche Wort „Wende“ mag er nicht: „Mit diesem schäbigen Propagandabegriff hat damals der Honecker-Nachfolger Egon Krenz sein Vorhaben beschreiben, die Verhältnisse in der DDR wieder in seinem Sinn zu stabilisieren.“

Heimliche Aufnahmen

„Die Angst wechselte damals die Seiten“, sagte Thierse und zitierte damit ein Buch von Siegbert Schefke: „Einen treffenderen Ausdruck für diese Zeit gibt es nicht. Zuerst hatten wir Oppositionelle Angst, am Ende die SED-Funktionäre.“ Schefke filmte am 9. Oktober 1989 zusammen mit Aram Radomski illegal die Großdemonstration in Leipzig: „Mit diesen Bildern erfuhr die Welt, dass der SED-Führung die Macht entglitt“, sagte der ehemalige Bundestagspräsident.

Er bat um Verständnis für die alten Eliten der DDR („Von Mitleid bin ich aber weit entfernt“), für die die große Transformation auf allen Ebenen Verlust von Ansehen, Macht und Karriere bedeutete. Für ein gemeinsames Gespräch über die Gesellschaft und den

Staat der Zukunft sei es aber auch nach 30 Jahren nicht zu spät. Im Gegenteil: Angesichts jüngster Wahlergebnisse in Sachsen, Thüringen und Brandenburg sei es dringender denn je. Denn: „Es liegt noch eine längere Wegstrecke der Angleichung und Annäherung von Ost- und Westdeutschland vor uns.“

Thierse machte darauf aufmerksam, dass die Ostdeutschen fast 70 Jahre ununterbrochene Diktaturerfahrung hinter sich hatten. „Wenn sie sich heute beklagen, überall in Politik, Staat und Wirtschaft unterrepräsentiert zu sein, könnten sie das in der Demokratie schnell ändern. Stattdessen haben sie die Westdeutschen Kurt Biedenkopf, Bernhard Vogel und jetzt Bodo Ramelow gewählt.“ Scharf wandte er sich gegen die „rückwärtsgewandten Rechtspopulisten, die einfache, aber unrealistische Lösungen propagieren.“

Er wandte sich gegen den Mythos, die Treuhand sei allein für die Fehler verantwortlich. „Da werden jetzt viele Akten geöffnet und wissenschaftlich erforscht. Das ist wichtig, um Klarheit über die einzelnen Verfahren zu bekommen. Bei der Treuhand gab es gute, mittelmäßige und schlechte Leute. Es ist nicht richtig, dass alles an den Westen verkauft wurde. Zum Teil bekamen auch ostdeutsche Firmen den Zuschlag.“

Haft in Hohenschönhausen

Ulrike Poppe schloss sich früh der Bürgerrechtsbewegung in der DDR an, was ihr die Beobachtung durch die Stasi und schließlich 1983 die Verhaftung – zusammen mit Bärbel Bohley – und sechs Wochen U-Haft im Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen einbrachte. Doch die damals 30-Jährige ließ sich trotz



Michael Schröder im Gespräch mit Ulrike Poppe, die sechs Wochen in der Stasi-Haft saß.

langjähriger Zersetzungsmaßnahmen, häufigen Zuführungen und Ordnungsstrafen nicht brechen. Das Ministerium für Staatssicherheit MfS zählte sie zum kleinen harten Kern unversöhnlicher Feinde des SED-Systems. Ihr Operativer Vorgang (OV) „Zirkel“ zählt zu den umfangreichsten, die die Staatssicherheit angelegt hatte.

Sie gehörte 1989 zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs „Für unser Land“, in dem die Bürgerrechtsbewegung „Demokratie jetzt“ Reformen in der DDR forderte und schließlich auch – allerdings mit einem langen Zeithorizont – Verhandlungen über die deutsche Einheit zwischen zwei gleichberechtigten deutschen Staaten („auf Augenhöhe“) im Blick hatte. Von der Grenzöffnung am 9. November erfuhr sie bei einem Vortrag in der Nähe von Berlin. „Ich konnte die Äußerung von Schabowski ‚Gilt unverzüglich‘ kaum glauben und bin sofort an die Mauer und rüber nach West-Berlin, wo die ganze Nacht gefeiert wurde.“

Das relativ schlechte Ergebnis der Bürgerrechtsbewegungen bei den ersten freien Volkskammerwahlen im März 1990 überraschte und enttäuschte sie nicht. „Es war klar, dass Kohl für seine Politik der schnellen Einheit eine Mehrheit bekommen würde. Für mich war wichtig, dass wir Demokratie und Freiheit in der DDR erkämpft hatten. Für einen langsamen Weg zur Einheit fehlte damals einfach die Zeit.“

Vom Freund bespitzelt

Holger Kulick ist der „Realisator“ des Dokumentarfilms „Vom Einläuten der Revolution“, den er zum 25. Jahrestag der Maueröffnung für die Bundeszentrale für politische Bildung produzierte. „Ohne die vielen stillen Helden, die heimlich und unter Gefahren diese Aufnahmen gemacht haben, wäre dieser Film nicht möglich geworden“, sagte er. Kulick, der familiäre Beziehungen in die DDR hatte, arbeitete in den 1980er-Jahren als Journalist unter anderem für das ZDF-Magazin „Kennzeichen D“. „In der DDR hatten wir mehr Zuschauer als im Westen.“ Nicht akkreditiert, reiste er mit einem Tagesvisum ein und konnte sich mit vielen Oppositionellen treffen und Informationen sammeln. Auch er geriet ins Visier der Stasi. Später stellte sich heraus, dass selbst sein guter Freund Sascha Anderson ihn bespitzelt hatte.



Holger Kulick arbeitete als westdeutscher Journalist viel in der DDR.

© Stadt Hof (Rau / Knobloch)

Michael Schröder
(siehe Presseschau Seite 31)

Linktipp

Der Film von Holger Kulick „Vom Einläuten der Revolution“ ist verfügbar unter: <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/> und bei Youtube: <https://www.youtube.com/watch?v=skttWDui-H0>



Dimensionen des Völkermords an den Juden

Die unterschiedlichen Ausprägungen des Holocaust in Europa waren Thema einer Akademietagung, die gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Jerusalem abgehalten wurde.

DER SCHRECKEN des Holocaust hatte in Europa viele unterschiedliche Gesichter. In der Ukraine etwa wurden jüdische Frauen, Männer und Kinder gewaltsam in die Wälder getrieben und dort erschossen. In Paris hingegen fanden Verhaftungen von Juden statt, die nach außen hin wie normale Polizeiaktionen aussahen. Die Menschen wurden geräuschlos in das Internierungslager Drancy verbracht, bevor sie anschließend nach Auschwitz deportiert wurden. Am Ende wurden aber die Juden aus Paris genauso ermordet wie ihre osteuropäischen Leidensgenossen.

Gemeinsamkeiten der Verfolgung

Die Tagung vereinte Holocaustforscher, die sich auf unterschiedliche europäische Staaten spezialisiert hatten. Ziel war es, den Massenmord an den Juden in einem gesamteuropäischen Kontext zu erfassen und Gemeinsamkeiten der Verfolgung in einzelnen europäischen Staaten und Regionen herauszuarbeiten. Zugleich wurden aber auch die Unterschiede vor Ort, die verschiedenartigen Handlungsmuster deutscher Täter, nicht-deutscher Mittäter und der lokalen Bevölkerung ebenso untersucht wie die Reaktionen der jüdischen Verfolgten.

Moshe Zimmermann (Hebrew University of Jerusalem) führte allgemein in das Thema ein und stellte die Frage, welche Rolle der Holocaust heute für den Staat Israel spielt. Zimmermann sah dabei einen unterschiedlichen Ansatz von Politik und Forschung. Die Politik interpretiere jede Form des Antisemitismus weltweit als eine Kritik am Staate Israel. Die Forschung hingegen differenziere in dieser Frage, da man die Bezeichnungen „Jude“ und „Isra-



Der Historiker Moshe Zimmermann kritisierte die „Vereinnahmung der Shoah“ durch die gegenwärtige israelische Politik.

© Marvins21/CC0 1.0 Universal



Im von der deutschen Wehrmacht besetzten Frankreich verhaftet französische Polizei im August 1941 auf Weisung der deutschen Besatzer Juden und nimmt die Personalien auf.

© Bundesarchiv Bild 183-B10921

eli“ nicht problemlos gleichsetzen könne. Schließlich hätte ein Viertel der Staatsangehörigen in Israel einen arabischen Hintergrund.

Holocaust in der Literatur

Rachel Korazim (Jerusalem) präsentierte im zweiten Teil der israelspezifischen Einführung zum Holocaust das Echo, das dieses Verbrechen in der Literatur in Israel seit 1948 gefunden hat. Dabei standen Schriftstellerinnen und Poeten vor dem Problem, wie sie literarische Metaphern für etwas finden sollten, das an sich völlig unbeschreibbar und noch weniger verständlich war. Zugleich hatten viele Autorinnen und Autoren mit der Schuld zu kämpfen, überlebt zu haben, während ihre Verwandten ermordet worden waren. Dies zeigte sich etwa beim Autor Uri Tzvi Grinberg, der seine in Polen ermordete Mutter in einem fiktiven Gedicht aus dem Ghetto befreit und in Israel begräbt. In einem anderen Stück von David Grossmann prahlte ein Mädchen 1959 damit, dass ihre soeben verstorbene Großmutter ein Grab hätte – eine Rarität für die meisten Kinder in der Nachbarschaft, deren Vorfahren vielfach namenlos in Europa verscharrt worden waren.

Von Demütigung bis Ermordung

Es folgten Vorträge zu einzelnen Staaten in Europa, die in der anschließenden Diskussion unter vergleichender Perspektive betrachtet wurden. Andrea Löw (Institut für Zeitgeschichte, München) zeigte am Beispiel des besetzten Polens auf, dass Juden innerhalb kürzester Zeit von der deutschen Besatzungsmacht registriert und einem Arbeitszwang unterworfen wurden. Zugleich waren Demütigungen und physische Gewalt gegen Juden bis hin zu deren Ermordung an der Tagesordnung – sowohl in Ghettos als auch in den nach und nach errichteten Konzentrations- und Vernichtungslagern. Noch extremer war die Situation in der besetzten Sowjetunion, mit der sich Christoph Dieckmann

(Universität Bern) am Beispiel Litauens befasste. Hier wurden bereits in den ersten Wochen nach dem deutschen Einmarsch 20 000 jüdische Menschen erschossen. Hinzu kamen Pogrome, die von der einheimischen



Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas in der historischen Mitte Berlins

© Schröder (APB)

Bevölkerung mit deutscher Unterstützung verübt wurden. Carmen Scheide (Universität Bern) ergänzte diese Ausführungen durch einen mikrohistorischen Blick auf die ukrainische Ortschaft Kobeljaki. Dieser Ansatz ist vor allem deshalb von Relevanz, da die meisten der 1,4 Millionen Juden in der Ukraine bereits vor Ort ermordet wurden und nie in einem Vernichtungslager ankamen. In Kobeljaki lebten bei Ankunft der deutschen Truppen etwa 150 Juden, von denen etwa ein Drittel im Januar 1942 als vermeintliche Partisanen ermordet wurde, die anderen kurz darauf.

Weniger sichtbare Gewalt

Im besetzten und unbesetzten Frankreich hingegen war öffentlich sichtbare Gewalt gegen Juden eher selten, wie Michael Mayer (Akademie für Politische Bildung) erläuterte. Die jüdische Bevölkerung wurde scheinlegalen Maßnahmen unterworfen, um die Juden des Landes zu registrieren und intensiv zu kontrollieren. 1942 wurden schließlich von französischen Polizeibeamten Massenverhaftungen von Juden auf deutsche Anordnung hin vorgenommen. Der überwiegende Teil der Menschen wurde nach Auschwitz deportiert und dort ermordet. Die Gewaltmaßnahmen gegen Juden waren in Frankreich dabei zwar insgesamt weniger sichtbar als in Mitteleuropa, führten aber auch zum Tode der meisten Deportierten. Pim Griffioen (Universität Konstanz) verwies in diesem Zusammenhang auf die unterschiedlichen Zahlen hinsichtlich der jüdischen Opfer des Holocaust in Westeuropa. In Frankreich wurden 25 Prozent der Juden ermordet, in Belgien waren es 40 Prozent, in den Niederlanden sogar 75 Prozent. Die Überlebenschance war dabei für bestimmte Menschen – etwa Staatsangehörige im Gegensatz zu ausländischen Juden – am höchsten.

Durchaus vergleichbar mit den Geschehnissen in Westeuropa war die Lage in Rumänien, über die Mariana Hausleitner (Institut für Zeitgeschichte, Berlin) referierte. Auch hier wurden Juden in einem ersten Schritt zwar entrechtet und teilweise enteignet, jedoch vorerst keiner umfassenden Gewalt ausgesetzt. Erst mit dem Einmarsch in die Sowjetunion begannen rumänische Truppen im Sommer 1941 – teilweise eigenständig, teilweise mit deutscher Beteiligung – Juden zu ermorden. Dies zeigte sich analog auch in Ungarn, wo seit 1938 antisemitische Gesetze gegen Juden erlassen wurden, wie Doreen Eschinger (Berlin) berichtete. Die deutsche Okkupation des Landes führte 1944 schließlich dazu, dass nun auch die Juden Ungarns in den Holocaust einbezogen und ermordet wurden. Dabei war die Kollaboration mit den deutschen Besatzern von ausschlaggebender Bedeutung für die Durchführung des Massenmords.

Massenmord in Griechenland

Dies zeigte sich auch in Griechenland, worüber Maria Vassilikou (Athen) berichtete. In Thessaloniki wurden aufgrund der engen Zusammenarbeit der griechischen Behörden mit den deutschen Besatzern 43 000 der 50 000 Menschen zählenden jüdischen Bevölkerung ermordet. Dies hatte – wie im Falle der ausländischen Juden in Westeuropa – auch damit zu tun, dass die Opfer des Holocaust in dieser erst 1912 von Griechenland eroberten Stadt aufgrund ihrer scheinbar „fremden“ Herkunft, ihrer Sprachschwierigkeiten und ihres deshalb geringen Integrationsgrads in der griechischen Gesellschaft nur über einen geringen Schutz verfügten.

Letztlich war somit für die Durchführung des Holocaust in ganz Europa entscheidend, in welcher Weise Besatzer und lokale Regierungen, Behörden und Individuen zusammenarbeiteten. Die Juden wurden dabei insgesamt durchaus vergleichbaren Maßnahmen unterworfen, auch wenn lokale Unterschiede deutlich wurden. Der Massenmord an den jüdischen Menschen in Europa zeigte sich zwar in unterschiedlicher Form, doch glichen sich die Folgen beinahe überall in grauenhafter Weise.

Michael Mayer



Teilnehmer der Tagung in Jerusalem

© privat

Rechtspopulismus und Neoliberalismus

Parallel zu den vom Ansteigen des Rechtspopulismus verursachten Befürchtungen entstehen Fragen, die einen globalisierten, flexibilisierten und neoliberalen Kapitalismus betreffen, der Politik und Gesellschaft ökonomisiert hat.

IM FOKUS der Tagung* über die Zusammenhänge von Neoliberalismus und Rechtspopulismus stand die von Walter Ötsch am Anfang gestellte Frage, welche Einflüsse – wenn überhaupt – die (neoliberale) Wirtschaft auf die Rechtsradikalität ausgeübt hat und noch ausübt. Dazu kam das Thema der Rolle von Wissenschaft und Wissenschaftlern in dieser Konstellation, das den Ideen- und Gedankenaustausch ständig begleitet hat.

Demokratie-Entleerung

Der Bielefelder Soziologe Wilhelm Heitmeyer hob hervor, wie die Ökonomisierung des Sozialen zu einer kritischen Spaltung der Realität im Sinne einer Trennung zwischen dem Ich und der Gesellschaft und zu einer Demokratie-Entleerung geführt hat. Häufig fände die in Formen eines auf Angst basierten, „autoritären Nationalradikalismus“ – sein Begriff anstelle von Rechtspopulismus – eine Reaktion. Dies sei nicht als ein Effekt bestimmter Phänomene zu definieren, sondern im Sinne einer Konflikttheorie zu erklären, welche die Gesellschaft durch ihre innerlichen Dichotomien (Volk/Elite, offen/geschlossen, Homogenität/Heterogenität usw.) analysiert. All das stellt uns – wie Dieter Plehwe vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung betonte – vor neue Anforderungen, mögen diese global, europäisch oder lokal sein. Deren Antwort benötige „unterschiedliche Reaktionen unterschiedlicher Kräfte“ und daher eine „Strategiefähigkeit in den regulativen Aufgaben“.



Wilhelm Heitmeyer spricht lieber von „autoritärem Nationalradikalismus“ als von Rechtspopulismus.

© Winterer (APB)

Eine Podiumsdiskussion fragte, wie Bildung, Journalismus und Wissenschaft sich auf diese Anforderungen beziehen. Akademiedirektorin Ursula Münch meinte, die Rolle der Politischen Bildung sei nicht, die Fehler der Politik zu beschönigen, sondern sie zu analysieren, und zwar äquidistant zu allen *demokratischen* Parteien. Analyse und Erklärung sollte der Journalismus vor allem durch sorgfältige Vertiefungen leisten, sagte die österreichische Politikwissenschaftlerin und Rechtsextremismusexpertin Natascha Strobl. Sie unterstrich allerdings, dass diese viel zu häufig auf PR-Arbeit reduziert und zugunsten der Suche nach der „guten und neuen Story“ geopfert würden. Diese problematische Situation ließ sich, so Strobl weiter, auf die verschlechterten Arbeitsbedingungen zurückführen, unter denen vor allem junge Journalisten arbeiteten und die wiederum zu einer unheilbaren Spaltung zwischen verfügbarer Zeit und dem nötigen Faktencheck führten. Auch die akademische Welt und ihr Nachwuchs leiden nach Plehwes Meinung unter ähnlichen Problemen. Die hätten eine Strukturveränderung der Wissenschaft verursacht, die die Frage der Qualitätskontrolle aufwerfe und die Position Meinung gegenüber Expertise verstärke.



Natascha Strobl sieht den Journalismus in einer problematischen Situation.

Das demokratische Spektrum sollte an Hoffnung und Zuversicht gewinnen, so Strobl und Münch, und die defensive Position verlassen, in die es in der Auseinandersetzung mit Populismus und Extremismus geraten ist. Nur so sei jenes Fehlen an positiven Zukunftsbildern lösbar, das den Rechtsextremen einen so breiten Freiraum zur Verbreitung ihrer destruktiven Bilder gebe.

Durch eine intensive Auseinandersetzung und infolge unterschiedlicher, praktischer sowie theoretischer Denkanstöße lässt sich nach dieser Tagung noch ein Mosaikstein der vielfältigen Definition des Rechtspopulismus hinzufügen: Um ihn besser zu verstehen, darf man die ökonomischen Einflüsse nicht vernachlässigen, die unsere Gesellschaft heute intensiv prägen.



Roberta Astolfi

* In Kooperation mit der Cusanus Hochschule

Tutzing Diskurs geht in die fünfte Runde

Jugendbeteiligung im ländlichen Raum ist das Thema des neuen Tutzinger Diskurses „Miteinander vor Ort“. Bereits zum fünften Mal kann damit das mittlerweile bewährte Forschungs- und Bildungsprojekt realisiert werden – erstmalig mit Förderung durch die Bundeszentrale für politische Bildung.

14 TEILNEHMENDE aus der Sozialen Arbeit, der kommunalen Verwaltung und Wissenschaft treffen sich über ein Jahr hinweg zu Workshops in Tutzing. Dabei entwickeln sie Konzepte zur Jugendbeteiligung und einem guten Miteinander vor Ort und realisieren



Florian Wenzel (links) und Christian Boeser-Schnebel sind Beiräte des 5. Tutzinger Diskurses.

© Winterer (APB)

oftmals vor besondere Herausforderungen gestellt. Geplant sind ein Jugendaustausch zwischen Böhlen im Landkreis Leipzig und Neunburg vorm Wald in der Oberpfalz sowie eine Veranstaltung für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Landkreis Coburg.

„Der „Dorfpapst“ Gerhard Henkel spricht immer von der Anpackkultur auf dem Land. Wenn ich das auf mein Dorf beziehe, dann sehe ich auch, dass unterschiedliche Leute aus dem Dorf immer noch gemeinsam etwas anpacken und tatsächlich etwas tun. Ob das nun im Sportverein ist, beim Zeltaufstellen für das Dorffest oder beim Organisieren des Weihnachtsfestes. Das ist wirklich die Stärke des Dorfes. Das macht für mich ein gutes Miteinander aus, das sich sozusagen am gemeinsamen Tun zeigt.“

Florian Wenzel

diese in unterschiedlichen Formaten in Bayern und Sachsen. So sollen Ideen entwickelt werden, wie Jugendliche in der Kommune unabhängig von ihrer sozialen Herkunft teilhaben können und wie sie durch die Erfahrung von Selbstwirksamkeit in ihrem Willen zu demokratischer Partizipation bestärkt werden. Denn die Erfahrung der gemeinsamen Gestaltung des Zusammenlebens ist für das Bestehen einer demokratischen Gesellschaft essentiell. Im Hinblick auf Beteiligungsmöglichkeiten aber sind ländliche Kommunen

„Was macht ein gutes Miteinander vor Ort aus? Ein gutes Miteinander vor Ort – ob nun in den kleinen sozialen Beziehungen, also Partnerschaft, Familie, Kollegen- und Freundeskreis oder aber auch in größeren Strukturen wie Dorf, Gemeinde, Stadt – basiert letztlich darauf, dass man sich immer wieder die Frage stellt, wie das Zusammenleben gestaltet werden muss, dass sich alle einigermaßen wohlfühlen. Und dafür muss ich zwei Dinge tun: Ich muss dem anderen sagen, was ich brauche, um mich wohlfühlen. Und ich muss mich dafür interessieren, was der andere braucht, um sich wohlfühlen. Und im Idealfall lässt sich dann mit diesem Wissen über seine und meine Interessen, Bedürfnisse und Werte, ein Modus des guten Zusammenlebens finden.“

Christian Boeser-Schnebel

Eingeladen waren zum Diskursauftakt auch die Beiräte Christian Boeser-Schnebel und Florian Wenzel, die ihr Projekt „Dorfgespräch – Wir haben uns ja gerade noch gefehlt“ vorstellten. Die Dorfgespräche werden seit 2017 im Landkreis Rosenheim durchgeführt. Ziel ist es, Menschen aus unterschiedlichen sozialen Gruppen über ihre bisherigen Bekanntschaften und sozialen Rollen hinaus miteinander zu vernetzen und in einen Dialog zu bringen, um so schließlich die gesamtgesellschaftliche Integration zu stärken.

Verantwortlich für das Projekt sind Michael Spieker, Christian Hofmann und Juliane Schwab. Weitere Informationen und Beiträge zum Diskurs unter:



<https://www.tutzing-diskurs.de/integration>



Juliane Schwab



Die Teilnehmenden des neuen „Tutzing Diskurses“

Gelebte Solidarität in der Großstadt

Wie kann sich in einer modernen, durch Globalisierung und Migration geprägten Gesellschaft ein Gefühl von Zusammenhalt einstellen? Dieser Frage ging eine Tagung am Beispiel der Landeshauptstadt München nach.

DER „ARBEITSKREIS interkulturelle Arbeit München (AKIA)“, Kooperationspartner bei dieser Tagung, ist ein Zusammenschluss von öffentlichen Stellen und Wohlfahrtsverbänden, die mit der Praxis der Integra-

tion befasst sind. Mit Blick auf die Entwicklungen in München in den Jahren 2015/16 sagte die Münchner Sozialreferentin Dorothee Schiwy, dass es nicht selbstverständlich sei, dass öffentliche Stellen und Wohlfahrtsverbände, Migrantenverbände und andere Institutionen so eng zusammenarbeiten. Sie erinnerte daran, dass „ohne gelebte Solidarität“ in München die entstandenen Aufgaben



Münchens Sozialreferentin Dorothee Schiwy betonte die Rolle der Ehrenamtlichen.

© Haug (APB)

nicht hätten bewältigt werden können, wobei sie die Rolle der Ehrenamtlichen betonte.

Die Soziologen Mirko Broll und Eva Fleischmann von der Universität München arbeiten an dem Projekt „Praktiken der Solidarität“, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird. Sie erörterten verschiedene Begrifflichkeiten von „Solidarität“ und stellten ihre Arbeitsdefinition vor. Diese sieht Solidarität „als soziale Beziehung und gemeinsame Praxis des gemeinschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhalts, die auf einen Notstand reagiert“.

Egon Endres von der Katholischen Stiftungshochschule München erörterte die Frage, wann Netzwerke den Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft fördern. „Die solidarische Stadtge-



Egon Endres: „Die solidarische Stadtgesellschaft ist auf Netzwerke angewiesen.“



© CÉLINE MARTIN / PIXABAY

sellschaft ist auf Netzwerke angewiesen“, sagte Endres, der Vorsitzender des Expertenrats „Sozialgenossenschaften – selbst organisierte Solidarität“ ist. Er hob hervor, dass die solidarische Stadtgesellschaft Grenzgängerinnen und Grenzgänger benötigt. Einen Grenzgänger zeichne unter anderem aus, dass er Organisationsgrenzen überwindet und unterschiedliche Hierarchieebenen und Interessengruppen moderiert.

Dem Bereich Wohnen als organisierter Solidarität widmete sich Christian Stupka, Vorstand der Genossenschaftlichen Immobilienagentur München (GIMA). Am Beispiel des Prinz-Eugen-Parks auf einem ehemaligen Kasernengelände im Münchner Osten zeigte er die Entwicklung eines lebendigen Quartiers auf. Die Konzepte waren zwischen Bauherren, Politik und Verwaltung abgestimmt. Bedarfsgerechte Quartiersbausteine wurden durch frühzeitige Beteiligung der zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner entwickelt.

Gemeinsames Ziel

„Zusammenhalt vor Ort – Hand in Hand für Solidarität und Integration?“ war die Fragestellung von Danielle Gluns von der Universität Hildesheim. Solidarität könne auch zwischen sehr verschiedenen Akteuren bestehen. Eine gemeinsame Identität sei keine Voraussetzung. Wichtig ist ein gemeinsames Ziel oder Interesse, zum Beispiel soziale Gerechtigkeit, so Gluns.

Astride Velho von der Internationalen Hochschule IUBH behandelte das Thema des „Alltagsrassismus als Hemmnis für Solidarität“. Sie betonte die psychologischen Aspekte von Rassismus. So schrieben sich bei Kindern, denen nun mal keine Erklärungsmuster für Rassismus zur Verfügung stehen, entsprechende Erfahrungen prägend ein.

„Bildung ist der Schlüssel zur Integration“, sagte der bayerische Kultusminister Michael Piazolo. Bildung mache stark, gerade Menschen mit Migrations-

hintergrund. Sprachkompetenz sei dabei wichtig. Die Sprachförderung müsse mit einer Wertebildung verbunden werden, die auf Kenntnis und Akzeptanz zielt, so Piazzolo. Er stellte die verschiedenen Bildungsprogramme für Migranten in den unterschiedlichen Bereichen des bayerischen Schulsystems dar.



Auf einem ehemaligen Kasernengelände im Münchner Osten entsteht die ökologische Mustersiedlung Prinz-Eugen-Park.
© GRUND-IDEE

„München: Großstadt zwischen Individualismus und Solidarität“ war das Thema der Podiumsdiskussion mit den Stadträtinnen Katrin Habenschaden und Heike Kainz sowie Stadtrat Christian Müller. Habenschaden, die Vorsitzende der Fraktion „Die Grünen / Rosa Liste“ und OB-Spitzenkandidatin, sieht die Situation in München grundsätzlich positiv: „München lebt Solidarität. München ist bunt“, sagte sie. Das „Gut der Solidarität“ müsse jedoch immer wieder erarbeitet werden, etwa mit Blick auf Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Arbeit und Bildung seien Integrationsfaktor Nummer 1.

Mehr Wohnraum und neue Wohnformen

„Dreh- und Angelpunkt für Zusammenhalt ist die Wohnungspolitik“, so der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Christian Müller. Man müsse mit Hochdruck neue Flächen kaufen. Es herrsche jedoch eine „Wahnsinnskonkurrenz auf dem Wohnungsmarkt“, so Müller. Auf die schwierige Wohnungssituation wolle man nicht mit unansehnlichen Klötzen reagieren, aber mit Nachverdichtung.

„München wächst in einem zu hohen Tempo. Menschen brauchen Zeit, um sich umzugewöhnen“, sagte Heike Kainz von der CSU-Fraktion im Münchner Stadtrat. Sie hob die Bedeutung von neuen Wohnformen hervor, die kleine und überschaubare Verbünde schaffen. Sie begrüßte, dass der Genossenschaftsbau wieder Fahrt aufnimmt.



Gero Kellermann



Akademiedirektorin Ursula Münch (links) moderierte die Diskussion mit den Stadtratsmitgliedern Christian Müller (SPD), OB-Kandidatin Katrin Habenschaden von den Grünen und Heike Kainz (CSU, rechts).

Akademiedirektorin:

Prof. Dr. Ursula Münch

Vorsitzender des Kuratoriums:

Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler

Vorsitzender des Beirats:

Prof. Dr. Klaus Meisel

Kollegium:

Roberta Astolfi M.A.

Ethische und theoretische Grundlagen der Politik

Dr. Saskia Hieber

Internationale Politik, Schwerpunkt Asien-Pazifik

Dr. Andreas Kalina

Gesellschaftlicher und politischer Wandel

Dr. Gero Kellermann

Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael Mayer

Zeitgeschichte

Dr. Anja Opitz

Internationale Politik

Dr. Wolfgang Quaisser

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael Schröder

Medien, Kommunikationspolitik, Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred Schwarzmeier

Organisationsreferent

Parlamentarismus- und Parteienforschung

Jörg Siegmund M.A.

Persönlicher Referent der Direktorin

Demokratie- und Wahlforschung, Politikevaluation

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:


Beate Winterer M.A.

Bitterböser Heimatsound

DER EHEMALIGE Kopf der „Biermösl Blosn“ Hans Well hat nach der Trennung von seinen Brüdern 2013 mit seinen Kindern Tabea, Sarah und Jonas eine neue Formation gegründet. Mit ihnen kann er seine Begeisterung für echte bayerische Volksmusik mit satirischen Texten ausleben. Die Gruppe bot vor ausverkauftem Haus wieder bayerisches Musikkabarett vom Feinsten.

Spitzzüngigen Spott und bissige Satire kombinieren sie mit musikalisch eindrucksvollen Darbietungen auf ständig wechselnden Instrumenten von ungeheu-

rer Bandbreite. Hans Well sorgt mit seinen Texten für kabarettistischen Tiefgang. Die Themen reichen vom Alltag auf dem Dorf und der Schönheit von Gewerbegebieten und Umgehungsstraßen über das Mautde-saster unter Andreas Scheuer und Alexander Dobrindt sowie dem „grün angestrichenen“ Markus Söder.

Traditionell wird zu Beginn jedes Auftritts der Ort des Konzerts auf ganz eigene Weise gewürdigt. Das war auch in Tutzing nicht anders (siehe Kasten). Langanhaltender, begeisterter Applaus mit vielen Zugaben. 

Michael Schröder

Das Wellbappn-Tutzing-Lied

In Tutzing, dem Akademiezentrum vom Bayernland,
wo ma von der exklusiven Seelage her net folgern kon,
wo is de Akademie mit und de ohne Religion.
Wo de Ursula Münch im Prof-Oberreuter-Chefsessel
drinna

beweist, dass Frauen so manches besser kenna.

Wo die Bürgermoasterin Greinwald regiert
und alle froh san, dass de John aus Starnberg
do net praktiziert.

Wo de Tutzinger CSU, sovui is klar,
nimmer des is, was amoi war.

Und die SPD – eh no nie wahnsinnig beliebt –
inzwischen froh is, wenn s’as nach da Kommunalwahl überhaupts no gibt.

Heit sama im Tutzinger Paradies,
wo a günstige Wohnung so seltn wia a 6er im Lotto is.

Wo Immobilienmakler im feinen Zwirn rumlaffa
und jede Schattenseitn ois „Starnberg Süd“ verkaffa.

Wo ma de Kinder die Ewigkeit so erklärt:
Des is dann, wenn de Seehof-Gruabn amoi bebaut wird.

Wo de Neiabutn im Ort volumenmäßig explodieren
und des Ortsbild oiwei mehr ruinieren.

Wo’s des Prädikat „Luftkurort“ verlorn hom,
wo ma si inzwischen als „Erholungsort“ bewirbt,
aber jede Hoffnung dafür im Verkehrsstau stirbt.

Wo etliche Zweitwohnungs-Millionärsvillen am Seeufer leer stehn
und de Besitzer zwar koa Steuer zoin woin, aber gern mitredn.

Wo die Bahn kundenfreundlich hilant
und si bei den verehrtn Fahrgästen mit Parkgebühren beim Parkplotz bedankt.

Wo ma bei der Erneuerung von da Hauptstraß resigniert,
weil seit 20 Jahr nix passiert.

Und ma so lang nix herricht
bis mitsamt am Kanalnetz zambricht.

Heit sama in am Landkreis mit großer Wittlsbacher Geschichte
und einer noch größeren Porschedichte.

Wo in manche Ortsteile rundrum gwiß, ’s Internet no langsamer wia d’Sprach is.

Wo bei a Klima-Demo 1 500 Leit mitmacha und ganz Tutzing zamsteckt.

Und dafür sogn mir: Hochachtung – Respekt!



Kombinieren Satire mit hoher Musikalität: Hans Well (2. von rechts) und seine „Wellbappn“

© Winterer (APB)

Der erste Wang-PC

Vor 35 Jahren begann die elektronische Datenverarbeitung in der Akademie – im Vergleich zu heute noch sehr bescheiden.

„FESTPLATTE mit 10 MB, 256 KB Arbeitsspeicher, 5.25“ Floppy Disk-Laufwerk mit 360 KB, CGA Grafikkarte mit 640 x 200 Auflösung, 12 Zoll grün-monochromer Bildschirm und Standardtastatur, Betriebssystem MS DOS 2.0, Local Interconnect-Karte“. So lauten die technischen Parameter des ersten Personal Computers der US-Marke Wang, der 1985 im Sekretariat in Betrieb genommen wurde.

Man hatte sich die Anschaffung nicht leichtgemacht, zumal sie für das damals recht schmale Budget – mit Ausgaben im mittleren fünfstelligen Bereich – eine außerordentliche Belastung bedeutete. Auch das Kuratorium hatte zunächst gewisse Bedenken und daher im Haushalt 1984 einen Sperrvermerk angebracht. Darin wurde die Auflage gemacht, „den Arbeitseinsatz und die Funktion des Computers zu präzisieren und den beiden Vorsitzenden des Kuratoriums und des Finanzausschusses zu unterbreiten.“

Lange Anlaufphase

Der damalige Verwaltungsleiter der Akademie Reinhold Baumgärtner (1921–2008) hatte 1983 die wünschenswerte Entlastung der Buchführung durch einen Computer in die Diskussion eingebracht. Von da an stand „die Computerfrage“ regelmäßig auf der Tagesordnung des Konvents. Mal waren es eher grundsätzliche Erwägungen zum Computereinsatz, dann wieder eher um Kostenfragen und Finanzierungsmodelle. 1984 wurden folgende Entschlüsse getroffen: Anschaffung von zwei Computern mit ausreichend großem Zentralspeicher; Gewährleistung einer schnelleren Informationsvermittlung und spätere Ausbaumöglichkeit; Einsatz zunächst nur für Adressverwaltung und Textverarbeitung mit deren Zugriff auf die Adressverwaltung; Festlegung von Kriterien für die anzulegenden Adressen und wer und was eingespeichert wird. Auf dieser Grundlage wurden verschiedene Angebote überprüft und Gespräche mit Fachleuten geführt.

Externe Expertise

Bei der damaligen Organisationsreferentin Tilly Miller liefen alle Fäden in Sachen Computer zusammen. Gespräche mit Beratern der Firmen JPM und Nixdorf



So ein Gerät war der erste PC im Sekretariat der Akademie im Jahr 1985.

© GREENBUSHCOMPUTER

fanden im Juli 1984 statt. Im September gaben die zuständigen Gremien der Akademie die Mittel für die Anschaffung einer EDV-Anlage frei.

Nun begann die Feinabstimmung hinsichtlich der konkreten Anforderungen an die Software. In Zusammenarbeit mit der Münchner Firma MDV wurden die Anforderungskataloge der Akademie programmtechnisch umgesetzt. Daneben fand die technische Schulung der Sekretärinnen Elke Leisching und Karin Sittkus sowie später Illa Bochow und Ursula Brosowski statt. 1985 bezifferte Tilly Miller den Stand der Adressdatei auf etwa 1000 Einträge, „wobei diese Datei durch die Eingabe der bayerischen Bundestagsabgeordneten, Verbände/Freie Berufe, Gewerkschaften und Bundeswehr noch ergänzt werden“ müsse. Im Zuge der weiteren Einspeicherung würden nun Lehrer, Bildungseinrichtungen, Presse, Symposium, Staatsregierung, Landtag, Senat, Journalisten und Referenten eingepflegt.

Die Datenmenge und das Anforderungsprofil an die eingesetzte Hard- und Software sind seither gewaltig angestiegen. Seit mehr als 30 Jahren kommt in der Akademie eine professionelle Seminarverwaltungssoftware der Softwareschmiede Strassner Informatik GmbH zum Einsatz.



Steffen H. Elsner

Jahresbibliografien 2019

Prof. Dr. Ursula Münch ■

Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften

Wenn Terrorangst auf Bundesstaatlichkeit trifft: Vor- und Nachteile der föderalen Organisation von Innerer Sicherheit, in: Helga Pelizäus/Ludwig Nieder (Hg.), Das Risiko: Gedanken übers und ins Ungewisse. Eine Festschrift für Wolfgang Bonß, Wiesbaden (Springer) 2019, S. 271–286.

Flüchtlings- und Migrationsforschung in der Politikwissenschaft, in: Agnes Bresselau von Bressensdorf (Hg.), Über Grenzen. Migration und Flucht in globaler Perspektive seit 1945, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 2019, S. 49–66.

Die unterlaufenen Föderalismusreformen in Deutschland, in: Jahrbuch des Föderalismus 2019. Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa, hrsg. vom Europäischen Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen, Baden-Baden (Nomos) 2019, S. 53–66.

Demokratie in Zeiten entpolitisierter Diskurse, in: „Volker Kronenberg/Jakob Horneber (Hg.), Die repräsentative Demokratie in Anfechtung und Bewährung. Das „Wir“ organisieren, Wiesbaden (Springer) 2019, S. 91–99.

Einzelstudien und Arbeitspapiere

Digitale Transformation: Mehr als eine Herausforderung – eine Gestaltungsaufgabe (= Akademie-Kurzanalyse 1/2019), Tutzing (Akademie für Politische Bildung) 2019.

Dr. Moritz Fink ■

Monografien

The Simpsons: A Cultural History, Lanham (Rowman & Littlefield) 2019.

I Simpson. Trent'anni di un mito, übers. von Roberta Zuppet, Mailand (Leone Editore) 2019 (= italienische Übersetzung von: „The Simpsons: A Cultural History“, 2019).

Dr. Andreas Kalina ■

Sonstiges

Avrupa'da En Hafife Alınan Seçim. AB'de seçmenler AP seçimleri için sandık başına gidecek. Seçim sonuçları, AB'nin ne kadar demokratik, vatandaşa yakın, çözüm odaklı ve eylem gücüne sahip olup olmayacağını da belirleyecek (= Beitrag zum Europawahljahr für das türkischsprachige Magazin Perspektif), in: Perspektif, 25. Jg. (2019), Heft 281, S. 34–37.

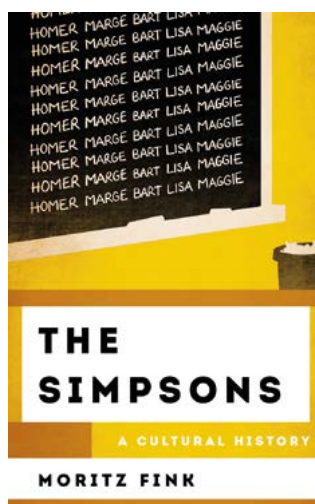
Dr. Gero Kellermann ■

Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften

Polizei und Rechtsextremismus (Tagungsbericht), in: Polizeispiegel. Beilage Bayern, 53. Jg. (4/2019), S. 7–8.

Sonstiges

Politische Bildung und politische Partizipation von jungen Menschen, in: Vortragssammlung (Conference Proceedings), Politische Bildung und Verfassung. Deutsch-koreanische Fachtagung an der Akademie für Politische Bildung, 6. bis 7. Mai 2019, Tutzing 2019, S. 132–138.



Dr. Michael Mayer ■**Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften**

The French Jewish Statute of October 3, 1940. A Reevaluation of Continuities and Discontinuities of French Antisemitism, in: *Journal of Holocaust und Genocide Studies*, 33. Jg. (1/2019), S. 4–22.

Gewalt gegen Kinder und gesellschaftlicher Wandel. Die „Sex Crime Panic“ in den USA in den 1950er Jahren, in: Stefan Grüner/Markus Raasch (Hg.), *Zucht und Ordnung. Gewalt gegen Kinder in historischer Perspektive*, Berlin (Duncker & Humblot) 2019, S. 457–481.

Sonstiges

Problemlos lief es nur beim Militär, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25. Juni 2019, S. 6.

Dr. Anja Opitz ■**Herausgeberschaft**

Weltmacht im Abseits. Amerikanische Außenpolitik in der Ära Donald Trump (zusammen mit Lukas Herr, Marcus Müller und Jürgen Wilzewski), Baden-Baden (Nomos) 2019.

Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften

Alles wie gehabt? Neue Aspekte in den internationalen Beziehungen, in: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, 12. Jg. (3/2019), S. 385–390.

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), in: *Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft*, hrsg. von Görres Gesellschaft, 8., völlig neu bearbeitete Aufl., Bd. 2, Freiburg/Br. (Herder) 2018, Sp. 1053–1059.

Sonstiges

Conference Report: Global Health Security Alliance (GloHSA), a Product of the World Health Summit (zusammen mit John M. Quinn, Christian Haggemiller, James M. Wilson, Tracey McNamara, Stefan Goebbels, Jan-Cedric Hansen, Margaret Bourdeaux und Richard Sullivan), in: *Disaster Medicine and Public Health Preparedness*, 29. November 2019, S. 1–3 (online: DOI: 10.1017/dmp.2019.118).

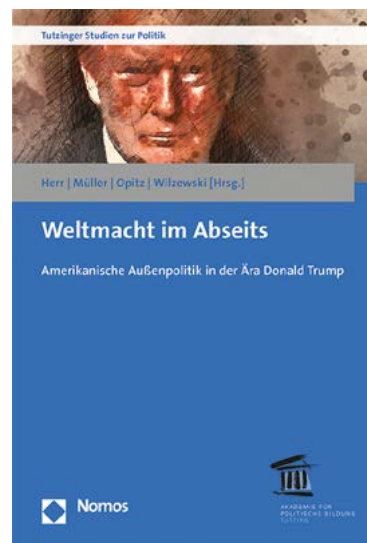
Dr. Thomas Schölderle ■**Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften**

Utopie ist, wenn man trotzdem lacht. Gesellschaftsfiktion, Humor und Sozialkritik in den Renaissance-Utopien von Johann Eberlin von Günzburg, Kaspar Stiblin und Johann Valentin Andreae, in: Wolfgang Mährle (Hg.), *Spätrenaissance in Schwaben: Wissen, Literatur, Kunst*, Stuttgart (Kohlhammer) 2019, S. 147–178.

Als die Utopie die Zukunft entdeckte. Ursachen und Folgen eines Paradigmenwechsels – eine literarische Spurensuche, in: *Loccumer Pelikan*, Heft 2/2019, S. 5–9.

Einzelstudien und Arbeitspapiere

500 Jahre Utopia – Was war, was bleibt? (= Akademie-Kurzanalyse 1/2016), aktualisierte Fassung März 2019, Tutzing (Akademie für Politische Bildung) 2019.

**Dr. Michael Schröder ■****Herausgeberschaft**

Big Data – In den Fängen der Datenkraken. Die (un-)heimliche Macht der Algorithmen (zus. mit Axel Schwanebeck), 2. Aufl., Baden-Baden (Nomos) 2019.

Digitalisierung

Zukunftsdörfer

Digitalisierung als Chance
für den ländlichen Raum**Zukunftsdörfer**

Digitalisierung als Chance
für den ländlichen Raum

Akademiegespräche im
Landtag [56.]

Herausgegeben von der
Akademie für Politische
Bildung und dem Bayeri-
schen Landtag

Tutzing / München 2019

48 Seiten

PROF. DR. DIANE AHRENS studierte Betriebswirtschaftslehre an der Universität Passau, an der sie auch als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig war und im Jahr 2000 promoviert wurde. 2003 Professorin für internationale Unternehmensführung mit dem Schwerpunkt Logistik an die Hochschule Hof, 2009 Professur für Internationales Management an der Technischen Hochschule Deggendorf, dort Leiterin des Technologie Campus Grafenau seit 2012. Forschungsschwerpunkte sind Zukunftsstrategien für den ländlichen Raum.

DR. ANNE MARGARIAN studierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaus an der Universität Kiel und promovierte 2010 an der Humboldt-Universität Berlin. Von 2004 bis 2009 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Thünen-Institut für Betriebswirtschaft. Seit 2009 am Thünen-Institut für Ländliche Räume in Braunschweig. Dabei war sie unter anderem mit der Begleitforschung zum Modellvorhaben "LandZukunft" des Bundeslandwirtschaftsministeriums betraut. Aktuelle Forschungsschwerpunkte: Strukturwandel der ländlichen Wirtschaft und die damit verbundenen Fragen der Digitalisierung.

Der Vortrag, die Reden und die Diskussion sind in dieser Broschüre, die kostenlos über die Akademie erhältlich ist, dokumentiert.

Geschichte und Literatur

Praeceptor Germaniae

Thomas Mann und die politische Kultur
der Deutschen

Heinrich Oberreuter (Hrsg.)

Praeceptor Germaniae

Thomas Mann und die poli-
tische Kultur der Deutschen

Tutzingen Studien zur Politik,
Band 3

Nomos, Baden-Baden 2019

ISBN 978-3-8329-7214-1,
204 Seiten

ZUM »PRAECEPTOR GERMANIAE« ist Thomas Mann über die Zeiten geworden. Dabei war auch er der deutschen Krankheit verfallen, Geist und Politik auseinanderzurücken, ehe er sich mit der Demokratie arrangierte. Republikanische Vernunft galt ihm nun als intellektuelle Kraft gegen gewaltbereite Radikalität. Diese Wende trug ihm Verfolgung und Heimatlosigkeit ein. Seine Wege zur Republik und ins Exil, sein Kampf gegen die Diktatur und sein Einfluss auf Politik und Kultur im geteilten Deutschland werden in diesem Band anschaulich.



© ANDREAS HERMSDORF/PIXELIO.DE

Frankenpost Hof, 19. November 2019

Gedanken an eine historische Zeit

...Mit vielen Hintergrundinformationen und Sichtweisen konnten die Kinobesucher sehr intensiv die Zeit ausgehend vom Wahlbetrug im Frühjahr 1989 bis hin zu den Protestdemonstrationen im Oktober 1989 und folgendem Mauerfall Revue passieren lassen.

Höhepunkt des Abends war die anschließende Talkrunde mit Wolfgang Thierse und Moderator Michael Schröder von der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. In dem 45-minütigen Talk beschrieb der Politiker viele Situationen, die er während dieser intensiven Zeit als DDR-Bürger und späterer Politiker erlebte. Wie die Besucher erfuhren, spricht er lieber von

der Herbstrevolution bzw. der friedlichen Revolution als über "Die Wende". Wie er selbst sagt, mag er den "schabigen" Ausdruck "Die Wende" nicht, der als Synonym für ein welthistorisches Ereignis steht.

Durch diese zwangsläufige gesellschaftliche Änderung sieht er für den ökonomischen Aufbau und das Zusammenwachsen einen längeren Zeitraum für erforderlich, bis die noch anhaltenden ökonomischen Unterschiede zwischen Ost und West ausgeglichen sind.

*Andreas Rau
(siehe Bericht Seite 18)*

Kreisbote Starnberg, 27. November 2019

Positiv beeinflussen

Der Katholische Deutsche Frauenbund Landesverband Bayern (KDVB) und die Evangelischen Frauen in Bayern (EFB) sehen eine dringende Notwendigkeit für ein Digitale-Versorgungs-Gesetz (DVG) II. In diesem Gesetz müsse festgeschrieben werden, dass Patientendaten ausreichend anonymisiert, eine Verschlüsselung bei der Übertragung sichergestellt werde und jede Person ein Recht auf Einspruch habe.

Diese Position haben die beiden großen konfessionellen Frauenverbände Bayerns nach einem Seminar an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing entwickelt, das der Frage nachging, wie Digitalisierung unser Gesundheitswesen beeinflusst.

Sabine Slawik, stellvertretende Vorsitzende des KDVB in Bayern, und Elke Beck-Flachsenberg, Vorsitzende des EFB, haben festgestellt: „Als christli-

che Frauenverbände sehen wir Probleme beim jetzt beschlossenen „Digitale-Versorgungs-Gesetz.“ Dieses stelle einen ersten Schritt in die richtige Richtung dar, da künftig eine Regulierung stattfinde und Daten für Forschung zur Verfügung stünden. Eine große Schwachstelle im Gesetz aber haben die Verbände bei der Weitergabe der Daten erkannt. Sie seien ungenügend geschützt. ...

Gemeinsam mit Wissenschaftlerinnen wurden Aspekte erarbeitet, die dazu beitragen könnten, dass die digitale Transformation im Gesundheitswesen effizient und sinnvoll erfolge: Sie muss aus der Fachlichkeit der Pflegenden heraus entwickelt werden. Und: Der Nutzen für alle Betroffenen muss im Mittelpunkt stehen. Beim Veränderungsprozess sind die unterschiedlichsten Lebenssituationen von Menschen zu berücksichtigen. ...

Pro – Christliches Medienmagazin, 29. und 30. November 2019

Was sich nach dem Fall Relotius ändern muss

Nach dem Fall des ehemaligen Spiegel-Reporters Claas Relotius, der viele seiner Berichte gefälscht hatte, sollte sich in der Kultur des Journalismus etwas ändern. Das sagte der Medienjournalist Stefan Niggemeier auf einer Tagung der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Er machte drei Vorschläge, was das konkret heißen könnte. ...

Er betonte, es gebe einen Unterschied zwischen Fälschen und Verfälschen. Während zum Fälschen das Erfinden von Inhalten gehöre sowie das Manipulieren, bestehe Verfälschen im Verkürzen und Vereinfachen; im Journalisten-Jargon sei da oft von „rund machen“ die Rede. „Fälschen ist verboten“, stellte Niggemeier klar. Doch andererseits seien Journalisten geradezu gezwungen, in ihren Berichten zu verkürzen und auszuwählen. Es sei jedoch zweifelhaft, ob eine Geschichte „dramaturgisch verdichtet“ werden müsse, damit sie besser wird. Niggemeier war fünf Jahre verantwortlicher Medienredakteur bei der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (FAS). Im Jahr 2004 gründete er den Bildblog und ist seit 2016 verantwortlich für das medienkritische Onlinemagazin Übermedien.

Der Medienjournalist stellte drei Forderungen dazu auf, was sich nach dem Fall Relotius ändern müsse. „Erstens, Genauigkeit ist wichtiger als Schönheit. Ein Autor sollte manchmal lieber einen Schlenker machen, wenn die Inhalte dadurch exakter werden.“ Als zweiten Punkt nannte Niggemeier „Transparenz statt Perfektion – Lieber deutlich machen, wo man als Reporter selbst nicht dabei war oder etwas nicht gefilmt hat.“ Als drittes forderte der Medienexperte, dass es Journalisten zulassen sollten, wenn Dinge komplizierter, aber damit wahrheitsgemäßer werden. „Ich glaube, dass das Publikum es zu schätzen weiß.“ Als vorbildliche Beispiele nannte er die britische Wochenzeitung The Economist sowie den Podcast „Serial“. Hier könne es vorkommen, dass Geschichten am Ende auch keine

klare „Lösung“ eines Problems hätten. „Der Podcast ‚Serial‘ lässt es zu, dass eine Reporterin am Ende vielleicht nichts findet. Auch das kann attraktiv und spannend sein für den Zuhörer“, so Niggemeier. ...

(30. November 2019)

Dem Zweifel Raum geben

... Auf der Tagung [...] warnte die Leiterin der Deutschen Journalistenschule in München, Henriette Löwisch: „Mit noch mehr Seminaren zu Medienethik ist das Problem nicht gelöst.“ Sie gebe dem Medienjournalisten Stefan Niggemeier Recht und plädierte dafür, dass sich die Kultur im Journalismus ändern müsse. „Relotius hat dazu geführt, dass Journalisten ehrlich miteinander sprechen.“ Im amerikanischen Raum gebe es Faktenchecker, die nichts anderes tun, als den Text auf die Inhalte hin zu prüfen, so Löwisch. So sei es dort etwa nicht erlaubt, mehrere Interviewpartner im Text zu einer Quelle zu machen. „Man sollte sich dann lieber die eine Person aussuchen, die am aussagekräftigsten ist.“

Gianna Niewel, Redakteurin bei der Süddeutschen Zeitung (SZ), forderte mehr Ethik im Journalismus und nannte ein Beispiel für fragliche Methoden im Journalismus: Reporter hatten vor dem Haus der Eltern des Piloten Andreas Lubitz Kameras ausgebaut. Lubitz hatte 2015 als Kopilot einen Airbus A320 von Germanwings in den französischen Alpen bewusst zum Absturz gebracht und den Tod von 149 weiteren Menschen verursacht. Niewel plädierte dafür, in den Redaktionen mehr Diskussionen darüber zu führen, was ethisch vertretbar ist. Redakteure sollten mehr Mut haben zu sagen, wenn sie Aufträge aus ethischen Gründen ablehnten. Auch Niewel stellte klar: „Seit Relotius hat sich etwas geändert. Wir haben in unserer Redaktion danach den Faktencheck intensiviert.“ ...

(siehe Bericht Seite 6)

Medium, 1. Dezember 2019

„Das Urvertrauen ist weg“

... Etwa 75 Seiten werden die neuen Standards beim Spiegel haben – Erläuterungen inklusive. ...

Die Süddeutsche Zeitung entwickelt eine spezielle Datenbank. Autorinnen und Autoren sollen ihr Material hochladen: Dokumente, aber auch Mitschnitte ihrer Interviews, gegebenenfalls auch Fotos, wie gleich mehrere SZ-Vertreter auf einer Fachtagung von Netzwerk Recherche und der bayerischen Akademie für Politische Bildung in Tutzing angekündigt haben. „Das Recherchematerial soll elektronisch verwaltet wer-

den“, erklärt etwa die leitende SZ-Redakteurin Ulrike Heidenreich. „Chefredaktion und Ressortleiter sollen Recherchen so schneller prüfen können.“ ...

„Wir machen Spot-Checks bei Berichtsreportagen“, berichtet DJS-Leiterin Henriette Löwisch. „Manchmal rufe ich selbst Quellen an, manchmal delegiere ich das.“ ...

*Daniel Bouhs
(siehe Bericht Seite 6)*

taz, 7. Dezember 2019

Lektionen in Demut

... Vor rund einem Jahr hatte der „Spiegel“ die Fälschungen seines langjährigen Reporters Claas Relotius öffentlich gemacht. Nicht nur der „Spiegel“ war betroffen: Der mit vielen Auszeichnungen bedachte Relotius hatte auch für andere renommierte Publikationen wie „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“, „SZ-Magazin“, „Zeit“, „Cicero“ und „Neue Zürcher Zeitung“ Texte geschrieben, die in Teilen oder komplett erfunden waren.

Seit jenem Mittwoch im Dezember 2018 pendelt die Branche zwischen Schockstarre und Aktionismus. Es folgten vor allem technische Reaktionen: Die Faktenchecks in den Redaktionen wurden verschärft. Der „Spiegel“ schreibt ein 75-seitiges Handbuch für seine AutorInnen, in dem erklärt werden soll, was geht und was nicht. „Die Zeit“ erarbeitet ein ebensolches Papier für ihre Redaktion, und die „Süddeutsche Zeitung“ entwickelt eine Datenbank, in der künftig sämtliches Recherchematerial archiviert werden und so schneller prüfbar sein soll.

Dass das allein nicht reicht, machte jetzt auch eine Tagung von Netzwerk Recherche und der Akademie für Politische Bildung (APB) Tutzing am Starnberger See deutlich. Unter dem Titel „Jetzt mal ehrlich! Was Journalismus aus den Täuschungsfällen lernen muss“ diskutierten rund 40 JournalistInnen zwei Tage lang über die Folgen des Relotius-Skandals. Die beiden meist genannten Begriffe waren: Demut und Transparenz. Demut der Reporter gegenüber Sprache, Thema und den Menschen, über die sie berichten. Und Transparenz gegenüber den LeserInnen, damit diese die journalistischen Texte besser einschätzen können. ...

Die Antworten auf derlei Fragen wurden nicht eben dadurch erleichtert, dass die Konferenz auch unterschiedliche Wahrnehmungen zur Lage des Journalismus nach Relotius offenbarte. Während Stefan Weigel, Nachrichtenchef und Mitglied der Relotius-Aufklärungskommission beim „Spiegel“, sagte, für ihn sei es erschütternd zu sehen „wie viel Schrott es gibt“, warnte Stefan Willeke, Chefreporter der „Zeit“ davor, „jetzt alle Leute zu potenziellen Fälschern zu erklären“. ...

Durch Transparenz zu mehr Wertschätzung

Texte werden gelesen, Filme werden geschaut, wenn sie dramaturgisch aufgebaut sind, argumentierten mehrere Konferenzteilnehmer. „Wenn ich einen Film mache wie jetzt gerade über die Große Koalition („Die

Notregierung“, in der ARD-Mediathek), dann haben wir um die 100 Stunden Material. Wir sind gezwungen zur Verdichtung“, sagte beispielsweise der Filmmacher Stephan Lamby.

Es müsse für TV-Journalismus viel mehr darum gehen, aus den von linearen Sendeschemata vorgegebenen Formaten auszubrechen: „Neues ausprobieren, mehr Grau-Schattierungen wagen. Schurken sind im Leben nie nur Schurken, Sieger sind nie nur Sieger“, so Lamby. Und Katrin Langhans, Investigativ-Reporterin der „Süddeutschen Zeitung“, ergänzte: „Wir

müssen mehr erklären. Zum Beispiel auch die Arbeit, die in einem Text steckt, transparenter machen und Recherchewege offenlegen.“ Das führe, so Langhans, am Ende auch dazu, dass journalistische Arbeit besser wertgeschätzt werde. ...

An dieser Stelle hätte man gerne jemanden gehört, der für die große Mehrheit des publizistischen Nachwuchses hätte sprechen können. Der wird nämlich nicht an den Journalistenschulen, sondern in Regional- oder Lokalzeitungen quer durchs

Land ausgebildet. Überhaupt wäre es eine gute Idee gewesen, wenn die Veranstalter der Tagung den Lokaljournalismus stärker mitgedacht hätten. Denn: Ein Fall wie der von Claas Relotius wäre im Lokalen völlig undenkbar. Wer hier Geschichten oder Personen erfindet, wird am nächsten Tag von einem Leser entlarvt, der seine Region mindestens so gut kennt wie der Reporter.

Aus dieser Konstellation hätten sich spannende Diskurse eröffnen und der bisweilen zum Dünkel neigende überregionale Journalismus hätte etwas vom Lokaljournalismus lernen können. ...

Fast alle Panels wurden von Journalistinnen moderiert. Das ist im Medienbetrieb ungewöhnlich. Üblicherweise werden solche Diskussionen von Männern moderiert, die sich vor allem selber reden hören wollen. Da hob sich die Runde in Tutzing angenehm ab: Statt eitlem Schwadronieren gab es hier sehr oft präzise Fragen und echtes Interesse am Gegenüber. ...

Michael Lünstroth
(siehe Bericht Seite 6)



Eine Auswahl von Tagungen der Akademie in den nächsten Monaten

© ARCHIV (APB)

MARZ 2020

März 6. – 7.	12. Forum Menschenwürdige Wirtschaftsordnung Ethik in der künstlichen Intelligenz In Zusammenarbeit mit dem Peter Löscher-Stiftungslehrstuhl für Wirtschaftsethik der TU München und dem TUM Institute for Ethics in Artificial Intelligence Leitung: Wolfgang Quaisser / Christoph Lütge Sekretariat: Viktoria Aratsch Tel. +49 8158 256-53	10-4
März 9. – 11.	Tutzinger Schülerforum EuropaPolitik erleben! Politiksimulation zur EU-Klimapolitik Leitung: Till J. Dechêne Sekretariat: Antonia Kreitner Tel. +49 8158 256-58	11-2
März 20. – 21.	Bauen in der Warteschleife Der lange Weg von der Idee zum Richtfest In Zusammenarbeit mit der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau Leitung: Ursula Münch / Gero Kellermann / Norbert Gebbeken Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. +49 8158 256-47	12-4
März 20.	Akademiegespräch am See Zwischen Normenflut und maroden Infrastrukturen Bauen als Politikum In Zusammenarbeit mit der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau Leitung: Ursula Münch / Gero Kellermann / Norbert Gebbeken Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. +49 8158 256-47	12-6
März 23. – 25.	Polizei in den Medien Darstellung, Wahrnehmung, Wirkung In Zusammenarbeit mit der Deutschen Polizeigewerkschaft, Landesverband Bayern e. V. Leitung: Gero Kellermann Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. +49 8158 256-47	*13-3
März 25. – 27.	Human Dignity and Human Rights The Legacy of the Black Civil Rights Movement in the Transatlantic World In Zusammenarbeit mit der Universität Augsburg und der Universität Erfurt Leitung: Michael Mayer / Britta Waldschmidt-Nelson / Michael Haspel Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. +49 8158 256-17	*13-1
März 27. – 28.	Zentrum gegen Peripherie Auseinanderdriftende Regionen im digitalen Zeitalter Leitung: Andreas Kalina Sekretariat: Viktoria Aratsch Tel. +49 8158 256-53	13-4
April 3. – 4.	„(Un-)Bedingt abwehrbereit?“ Die Bundeswehr als Teil einer neuen Sicherheitsarchitektur Kooperation mit dem Bundesministerium der Verteidigung Leitung: Ursula Münch / Anja Opitz Sekretariat: Viktoria Aratsch Tel. +49 8158 256-53	14-4

APRIL 2020

April Akademiegespräch am See 14-5
3. Widerstandsfähigkeit ade?
 Das strategische Sicherheitsumfeld und die Kernkompetenzen der Bundeswehr
 Leitung: Ursula Münch / Anja Opitz
 Sekretariat: Viktoria Aratsch Tel. +49 8158 256-53

April **Kommunikation gestaltet Politik** 16-1
17. – 18. Verbale und nonverbale Elemente der Meinungsbildung
 Leitung: Roberta Astolfi
 Sekretariat: Viktoria Aratsch Tel. +49 8158 256-53

April **Die Gewalt und das Recht** 17-2
 In Kooperation mit der Evangelischen Akademie Tutzing
24. – 26.
 Leitung: Gero Kellermann / Jochen Wagner
 Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. +49 8158 256-47
 Veranstaltung in der Evangelischen Akademie Tutzing

April **Tutzingener Nachwuchsakademie** 17-4
Schulen der Demokratie
25. – 26. Eine Zukunftswerkstatt zum Weiterdenken
 Leitung: Jörg Siegmund
 Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. +49 8158 256-17

AKADEMIE INTERN



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Kollegium

Dr. Andreas Kalina wirkte in Berlin beim Szenario-Workshop der Bundeswehr an der Entwicklung möglicher Zukunftsperspektiven für das Jahr 2035 hinsichtlich der Polarisierung und Radikalisierung in Deutschland mit. Zum 1. Januar 2020 wurde er an der Akademie für Politische Bildung zum Dozenten ernannt.

Dr. Gero Kellermann wurde erneut in den Vorstand der Europa-Union, Bezirksverband München gewählt. Im Youtube-Kanal „DPoIG-TV“ gab er ein Interview über Internetkriminalität.

Dr. Michael Mayer sprach im Rahmen des Theodor-Heuss-Kolloquiums 2019 zum Thema „Demokratie verwalten lernen: Die Entstehung einer Asylpraxis in der Bundesrepublik im Zusammenspiel zwischen Behörden, Parlamenten und Gerichten seit 1953“. Am Pädagogischen Tag des Camerloher-Gymnasiums in Freising hielt er einen Vortrag mit dem Titel „You and MeToo#: Weiblichkeit(en) und Männlichkeit(en) in der jüngeren Geschichte und Gegenwart“.

Dr. Anja Opitz hielt in Zusammenarbeit mit der Global Health Security Alliance (GloHSA) auf dem World Health Summit ein Panel zu „Health Secu-

riety Resilience in Conflict Affected States“ ab. Im Rahmen des EU-Balkan-Programms in Montenegro sprach sie über EU-Security and Defence. Als Chapter Head der Regionalgruppe München von Women in International Security Deutschland (WIIS) moderierte sie einen sicherheitspolitischen Themenabend in der Bayerischen Staatskanzlei. In Brüssel nahm Opitz als Subject Matter Expert auf der Jahreskonferenz des European Union Institute for Security Studies (EUISS) mit der ehemaligen EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini teil.

Beirat

Otto Marchner, Mitglied des Beirats von 2008 bis 2015 für den Bayerischen Landessportverband, ist Ende November 2019 völlig überraschend im Alter von 60 Jahren verstorben. Der Geschäftsleiter der Gemeinde Winhöring war in zahlreichen Ehrenämtern aktiv und Träger der Bezirksmedaille des Bezirks Oberbayern, der Ehrenmedaille des Landkreises Altötting und der Bundesverdienstmedaille. Wir trauern mit seiner Familie und Freunden und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Akademie-Report

Herausgeber: Akademie für Politische Bildung Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14 Internet: <https://www.apb-tutzing.de> E-Mail: a.kreitner@apb-tutzing.de

Redaktion: Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.), Dr. Michael Schröder (Redaktion und Gestaltung), Antonia Kreitner (Redaktionsassistentin)

Layout-Konzept: Michael Berwanger Agentur Tausendblauwerk www.tausendblauwerk.de

Druck: Satz & Druck Molnar Blumenstraße 26 82407 Wielenbach

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben.



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Direktorin

Prof. Dr. Ursula Münch trug im Rahmen der Ringvorlesung „Abwägung in Ethik und Recht“ an der Universität Würzburg zum Thema „Abwägung aus Sicht der Politikwissenschaft“ vor. Bei einer Kooperationsveranstaltung der Münchner VHS und des Seniorenstudiums an der LMU München analysierte sie die Kanzlerschaft von Angela Merkel unter dem Titel „Zwischen Stillstand, dramatischem Politikwandel und gelassenem Krisenmanagement“. Auf der Jahrestagung zum 60-jährigen Jubiläum des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB) sprach sie in Tutzing über „Herausforderungen für Politische Bildung in der digitalen Transformation.“ Bei der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft (vbw) moderierte Prof. Münch eine Podiumsrunde mit Kommunalpolitikern über die „kommunale Standortorientierung bayerischer Parteien“. Auf Einladung der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen referierte sie bei einer Expertenanhörung zur Lage der Politischen Bildung. Anlässlich der Festveranstaltung für die Absolventen und Absolventinnen der Lehramtsstudiengänge an der LMU hielt sie den Festvortrag über die Verän-

derungen in Politik, Gesellschaft und Bildung „unter dem Druck der großen Transformationen“. In Passau nahm Ursula Münch auf Einladung u. a. von Stadt und Landkreis an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Frau sein – gestern, heute, morgen“ teil. Bei verschiedenen Fortbildungsveranstaltungen für Schulleitungen und Lehrkräfte sprach sie über „Demokratieerziehung und Wertevermittlung im Zeitalter der Digitalisierung“. Sie moderierte ein Fachgespräch des Wissenschaftsrats zum Thema Wissenschaftskommunikation und hielt bei einer Festveranstaltung des Further Maristen-Gymnasiums den Festvortrag „Eine Generation danach: Die Entwicklung der Europäischen Union nach dem Ende des Ostblocks“. Im Rahmen der Augsburger Friedensgespräche moderierte sie den Austausch zwischen dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, und dem Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, über die Fragen „Braucht der Frieden die Kirchen? Kirche der Zukunft – Zukunft der Kirche“.

Kuratorium

Dr. Thomas Gruber, Ministerialdirektor an der Bayerischen Staatskanzlei, ist Nachfolger von **Christian Schoppik** (Bayerisches Wissenschaftsministerium). Wir bedanken uns bei ihm für viele kreative Impulse zu unserer Arbeit, begrüßen seinen Nachfolger und freuen uns auf die Zusammenarbeit.

Erneut berufen wurden der bayerische DGB-Chef **Matthias Jena**, Landshuts Altoberbürgermeister **Josef Deimer** und die CSU-Landtagsabgeordnete **Dr. Ute Eiling-Hütig**. Wir freuen uns, dass wir mit ihnen die konstruktive Zusammenarbeit der letzten Jahre fortsetzen können.